



POLITIK / REDAKTION

Jemen - subversiv bis offensichtlich ...

(SB) - Entgegen gelegentlicher Meldungen über angebliche, durch die Vereinten Nationen vermittelte Geheimgespräche zwischen Saudi-Arabien und den schiitischen Huthi-Rebellen, um den Konflikt im Jemen zu beenden, schreitet im Südwesten der arabischen Halbinsel die Eskalation des Krieges voran. Am 3. Mai wartete die New York Times mit der spektakulären ... (Seite 8)

POLITIK / KOMMENTAR

Kommunal - Graugrün abgelöst ...

(SB) - Ob heilsamer Schuß vor den Bug oder Vorbote einer Götterdämmerung grüner Sachwalterschaft im Dienst von Staat und Wirtschaft - die Abwahl des Freiburger Oberbürgermeisters Dieter Salomon hat wie eine Schockwelle das politische Establishment im Kernland der Ökopartei erschüttert. 40 Jahre lange hatte ... (S. 10)

SPORT / BOXEN

Leichtgewicht - Zuflucht unter neuem Dach ...

Mikey Garcia will offenbar bei Dana White anheuern

(SB) - Mikey Garcia trägt sich aktuellen Medienberichten zufolge offenbar mit ... (Seite 23)

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Rüstungsspirale: Abrüstung ist das Gebot der Stunde

von Reto Thumiger, 6. Mai 2018



Michael Bloss (Bündnis 90/Die Grünen), Kathrin Vogler (MdB die Linke), Reiner Braun (Co-Präsident IPB), Marco Bülow (MdB SPD) und Antje Heider-Rottwilm (Church and Peace e.V.) an der IPB Pressekonferenz über die SIPRI Zahlen 2017

Bild: © Reto Thumiger

Berlin - 06.05.2018. Der weltweite Rüstungs-Wahnsinn geht weiter, steigt 2017 zum fünften Mal hintereinander an und erreicht 1.700 Milliarden US-Dollar. Russland erstaunt mit 20% Reduktion der Rüstungsausgaben.

Aus Anlass der Veröffentlichung der vom schwedischen Friedensforschungsinstitut (Stockholm In-

ternational Peace Research Institute - SIPRI) [1] erstellten Statistik zu den weltweiten Rüstungsausgaben für das Jahr 2017 kritisierten Abgeordnete des Deutschen Bundestages und VertreterInnen der Friedensbewegung auf der Pressekonferenz des Internationalen Friedensbüros (IPB) [2] die immense weltweite Aufrüstung, die sich in den fast 1.739 Milliarden US-Dollar mit steigender Tendenz widerspiegeln.

Reiner Braun vom Internationalen Peace Bureau eröffnete die Pressekonferenz anlässlich der neuesten von SIPRI verkündeten Zahlen zur Rüstungsentwicklung und die aus diesem Anlass stattfindenden globalen Aktionstage

gegen Militärausgaben mit folgenden klaren Worten:

"Die SIPRI-Zahlen 2018 zeigen, dass der weltweite Rüstungswahnsinn weitergeht und verstärkt Fahrt aufnimmt. Die Realität der Zahlen zeigen, dass wir in einer Übergangsphase sind, in der die USA sich auf 1 Billion (1.000.000.000.000) US-Dollar Rüstungsausgaben hin entwickelt und vor allem die Schwellenländer China und Indien mit Wachstumsraten zwischen 5% bis 7% für einen gigantischen Rüstungswettlauf im fernen Asien stehen."

Deutschland und Europa ein Bestandteil dieses Rüstungswettlaufes

"Dieses wird ergänzt durch das 2%-Ziel der NATO, dem sich letzte Woche erneut der sozialdemokratische Außenminister Heiko Maas verpflichtet hat. Dieses führt dazu, dass die Nato-Rüstungsausgaben von ca. 250 Milliarden auf 400 Milliarden Euro steigen und die deutschen Rüstungsausgaben sich verdoppeln würden. Prozentuale Steigerungsraten geben höchstens die halbe Wahrheit wieder. 0.7% bedeuten in der Realität 30 Milliarden mehr für die Rüstung, wenn Deutschland das 2%-Ziel erfüllen will und somit auf Platz 4 der SIPRI-Zahlen katapultiert wird. Deutschland und Europa sind ein Bestandteil dieses Rüstungswettlaufes", führt der IPB Co-Präsident weiter aus.

Russland reduziert seine Rüstungsausgaben um 20%

Umso überraschender ist die Reduktion von 20% der Rüstungs-

ausgaben in Russland, was sich sicher auch auf die ökonomische Schwäche dieses Landes zurückzuführen lässt. So sei es aber auch nachdenkenswert, dass Russland weder mit einer stärkeren Verschuldung seines Haushaltes noch mit einer Steuererhöhung für die Bevölkerung auf diese wirtschaftliche Krise antworte, sondern abrüste und nicht glaube nachziehen zu müssen, gab Reiner Braun weiter zu bedenken.

"Wir möchten diese Zahlen Russlands benutzen, um an die Bundesregierung zu appellieren, dieses als ein Zeichen zu nehmen, dass mit Entspannungspolitik beantwortet werden sollte und die Sanktionen aufzuheben und endlich wieder zu kooperativen Beziehungen mit Russland zu kommen. Dass wäre eine friedenspolitische Antwort auf diesen Rüstungswahnsinn, der sich in den Zahlen widerspiegelt", beendete er seinen Appell nachdrücklich.

Die globalen Herausforderungen erfordern zwingend eine Umkehr zur Abrüstung

Während in den Verhandlungen in Bonn zur Vorbereitung der 24. UN-Klimakonferenz in keinem Punkt eine Einigung erzielt werden konnte, weil die Finanzierung aller klimapolitischen Ausgaben völlig offen ist und der Klimafonds 2020 200 Milliarden umfassen soll, aber davon noch nicht mal über 37 Milliarden gesprochen wurde. Werner Braun erinnerte erneut: "Die globalen Herausforderungen erfordern zwingend eine Umkehr zur Abrüstung."

Auch Kathrin Vogler, MdB die Linke, hielt sich mit ihrer Kritik

nicht zurück: "Die 120 Milliarden US-Dollar, die 2017 weltweit mehr ausgegeben wurden, sind mehr als die Mittel, die die Hälfte der Finanzminister der Welt in ihren Kassen haben. Runtergerechnet werden weltweit 248 US-Dollar pro Kopf für Rüstung und Kriegsvorbereitung ausgegeben. Die Nato-Aufrüstungspläne, die von der großen Koalition schrittweise umgesetzt werden sollen, bedeuten, dass sich die Rüstungsausgaben in Deutschland auf 70 Milliarden verdoppeln. Der Etat der Bundeswehr würde dann auf 15% bis 20% des ganzen Bundeshaushaltes anwachsen."

Wenn die NATO ruft, ist plötzlich jede Menge Geld da

"Wir hören fast täglich im Bundestag, dass für eine tragfähige Rente mit der man im Alter menschenwürdig leben kann, dass für ein System der sozialen Sicherung, in dem Menschen nicht ausgegrenzt werden oder für ein gerechtes Gesundheitssystem und höhere Löhne kein Geld da sein soll. Aber wenn die NATO ruft, steht Frau von der Leyen Gewehr bei Fuß und dann ist plötzlich jede Menge Geld da. 51 Milliarden haben die bisherigen Interventionskriege der Bundeswehr von Afghanistan über Somalia bis Mali gekostet", fuhr Vogler fort.

Feindbilder bekämpfen und abrüsten

"Abrüstung ist das Gebot der Stunde, wir müssen uns den weltpolitischen Herausforderungen stellen, auch in Deutschland. Das heißt, dass wir viel mehr Kooperation brauchen." Abrüstung gehe

eben nur im Dialog und in der Kooperation mit denjenigen zusammen, die man sich sonst als Feind vorstelle. Feindbilder müssen bekämpft und Abrüstung konkret gemacht werden, denn so könne viel mehr für eine gerechte, nachhaltige Welt und eine sozial-ökologische Umgestaltung unserer Gesellschaft getan und somit viele Kriegs- und Gewaltursachen auf dem Planeten behoben werden, fasste Katrin Vogler zusammen.

Auf Fragen von Journalisten gab die Bundestagsabgeordnete zu bedenken, dass Russland ja nicht zum ersten Mal die Rüstungsausgaben gesenkt hat. Letztes Jahr waren es 10% und jetzt sind es 20% Ausgabenreduktion. Wenn Russland mit der Reduktion der Militärausgaben und Deutschland mit der Erhöhung wie geplant weiter mache, dann werden wir sehr bald in der Situation sein, dass Deutschland alleine mehr für Rüstung ausgibt als Russland. "Das finde ich doch eine sehr bedenkliche Entwicklung, verstehe ich doch Deutschland als ein Land ohne Großmachtsambitionen. Inzwischen kann man den Eindruck bekommen, dass sich das geändert hat. Ich möchte kein Deutschland, das Großmachtsambitionen hat und vor allem kein Deutschland, das solche Ambitionen militärisch auslebt."

Paradigmenwechsel weg von Krieg als Ultimo Ratio

Antje Heider-Rottwilm, Church and Peace e.V., betonte: "Solange wir das Paradigma der militärischen Option als Ultimo Ratio gelten lassen, wird sich grundsätzlich nichts än-

dern. Der Einsatz der Mittel wird sich nicht ändern, da wir immer für das Ultimo Ratio vorsorgen und sie somit zur Prima Ratio wird."

Am Ende der Pressekonferenz wurde der bisher einzigartige internationale Aufruf "Disarm! Don't Arm!" [3] vorgestellt, der aktiv für Abrüstung wirbt und u.a. von mehreren Nobelpreisträgern, Parlamentariern und internationalen Gewerkschaftlern unterzeichnet wurde. Diese breite Beteiligung zeigt, dass die Abrüstung wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden kann. Abrüstung ist das Gebot der Stunde, wie es im Aufruf heißt und es wird nicht nur eine Debatte, sondern auch wieder eine internationale Bewegung um die Abrüstung eingefordert.

Über den Autor

Reto Thumiger. Seit über 25 Jahren ist der gebürtige Schweizer und gelernte Kaufmann Aktivist des Neuen Humanismus. Seine Anliegen, wie kulturelle Vielfalt, gleiche Rechte und Möglichkeiten für alle Menschen sowie eine innere und äußere Revolution - basierend auf der aktiven Gewaltfreiheit, führte ihn in sehr unterschiedliche Länder, wie Ungarn, Spanien, Togo und Sierra Leone. Mit seiner freiwilligen Tätigkeit in Pressenza Berlin möchte er der neuen Sensibilität und dem neuen Bewusstsein ein Sprachrohr verleihen und mit seinem Engagement bei der Organisation Begegnung der Kulturen von einem multikulturellen Nebeneinander zu einer weltweiten menschlichen Nation gelangen.

Weitere Informationen:

Global military spending remains high at \$1.7 trillion
<https://www.sipri.org/media/press-release/2018/global-military-spending-remains-high-17-trillion>

Global Campaign on Military Spending
<http://demilitarize.org/>

Deutschland am Hindukusch verteidigen - das war einmal
<http://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-deutschland-am-hindukusch-verteidigen-das-war-einmal-1.3965754>

Anmerkungen:

[1] <https://www.sipri.org/>

[2] <http://www.ipb.org/>

[3] <https://abruesten.jetzt/2018/05/internationaler-appell-disarm-dont-arm/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin
Johanna Heuveling
E-Mail: johanna.heuveling@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmsp0250.html>

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Nicaragua: Der unerwartete Ausbruch

von Tania Montenegro



Unruhen in Nicaragua

Foto: Desinformémonos/Óscar Navarrete

(Managua, 28 April 2018, desinformémonos/el salto) - Niemand hat es vorhergesehen. Es ist in diesen neun Tagen viel zu viel passiert, und doch genug um zu wissen, dass in Nicaragua nichts mehr so sein wird wie vorher. Das Land trauert um die 39 bestätigten Todesopfer (von 28 weiteren gibt es noch keine Bestätigung) - vor allem junge Leute, die in den ersten vier Tagen einer Protestwelle gestorben sind, die die ganze Gesellschaft aufgeweckt hat. 500 junge Leute haben sich in einem Universitätsgebäude verschanzt und damit dem Regime des Präsidentenpaares Daniel Ortega und Rosario Murillo die Stirn geboten; sie haben enorm viel Unterstützung mo-

bilisiert und einen nationalen Dialog mit verschiedenen Akteur*innen erzwungen.

Der Frente Sandinista, der einst die Hoffnung der Linken weltweit war, wird nun mit der Diktatur verglichen, die er einst gestürzt hatte, weil er die Armee gegen eine Jugend einsetzt, die nur mit Steinen und Wut bewaffnet ist.

Ruf nach Veränderung

Was am 18. April als friedlicher Protest gegen die Reform der Sozialversicherung begann, ist zu einem allgemeinen Ruf nach Veränderung geworden. Inzwischen wird gefordert, dass die "Ortega-Murillo-Diktatur" von der Macht abtritt, dass die Repression aufhört und dass die Verantwortli-

chen für die Repression zur Rechenschaft gezogen werden. Die Leute wollen einen wirklichen Wechsel: von den Studierenden und den Bevölkerungsschichten, die sich mit Unterstützung der katholischen Kirche aufgelehnt haben, sozialen Organisationen bis hin zur Privatwirtschaft, die bis vor Kurzem noch mit der Regierung verbündet war.

Die vorangegangenen Wochen waren ein Vorgeschmack zu dem, was heute als "Bewegung der Studierenden des 19. April" (Movimiento Nacional de Jóvenes Universitarios 19 de Abril) bekannt ist, ein Forum, das von jungen Frauen und Männern einberufen worden ist, die unter 30 Jahre alt sind und aus verschiedenen Regionen und gesellschaftlichen Schichten kommen.

Nicaragua ist wieder zu einem sozialen Experimentierfeld geworden, mit einer Jugend, die mit dem vorherigen Organisationsmodell gebrochen hat: Weder mit politischen Parteien noch mit einer zentralen Steuerung, die den Kampf anführt. Mit ihren Aktionen haben sie es geschafft, breite Teile der Gesellschaft unter der blau-weißen Flagge Nicaraguas zu vereinen. Für die Älteren ist das schwer zu verstehen. "Wir sind weder rechts noch links, wir sind das wütende Nicaragua" hört man im ganzen Land.

Eine neue Generation

Es sind verschiedene Bewegungen und doch sind sie eins. Sie sind binnen Stunden entstanden. Keine Umfrage und kein Analytiker haben diese Überraschung vorhergesehen; sie hat eine Gesellschaft verblüfft, die sie zuvor als Millennials abgewertet hatte. Es gibt neue Gesichter, und die jungen Frauen sind genauso Protagonistinnen des Protests wie die jungen Männer.



Auf der Demonstration zur Technischen Universität (Upoli) in Managua

Foto: Desinformémonos/Óscar Navarrete

Der Vorgeschmack war ein Feuer im Naturschutzgebiet Indio Maiz, einem UNESCO-Biosphärenreservat an der südöstlichen Grenze zu Costa Rica. Das Feuer wütete zehn Tage lang. Angesichts der Nichtbeachtung des Brandes seitens der Regierung protestierten junge Menschen und bekamen Repression zu spüren. Ihre Generation ist mit dieser Regierung aufgewachsen und hat ein größeres Umweltbewusstsein.

Sie kennen die jüngere Geschichte durch ihre Großeltern oder Eltern, so wie Paula, ein junges Ex-Mitglied der Sandinistischen Jugend. Für sie liegt es nahe, die aktuelle Situation mit den Gründen für den Kampf gegen Somoza zu vergleichen: "Ich habe sie (die Partei) verlassen, weil ich Sachen gesehen habe, die mir nicht gepasst haben, Korruption und Manipulation. Sie benutzen die Jugend nur. Die Mächtigen sind sich ihrer Sache nicht mehr sicher und

Die am 16. April angekündigten Reformen beinhalteten einen Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge sowohl für die Unternehmer*innen als auch für die Arbeitnehmer*innen, sowie eine Senkung der Renten um fünf Prozent, um die Medikamente zu finanzieren. Das war der Knackpunkt. Damit sollte das Nicaraguanische Institut für Sozialversicherungen INSS (Instituto Nicaragüense de Seguridad Social) finanziert werden, da dessen Rücklagen zum Teil von der Regierung und für gescheiterte Investitionen zweckentfremdet wurden, ohne dass dafür Rechenschaft abgelegt wurde.

Die Repression

Der gesellschaftliche Aufschrei begann, als Aktivist*innen der Sandinistischen Jugend auf protestierende Rentner*innen einschlugen. Damit wiederholten sie dieselbe Form der Misshandlung

Durch die Repression ist die "Bewegung der Studierenden des 19. April" entstanden
Foto: Desinformémonos/Óscar Navarrete

deshalb haben sich viele Sandinist*innen abgewendet", findet sie.



wie schon 2013, als Rentner*innen geringere Ausgaben forderten (der Protest wurde als #OcupaINSS bekannt). Diese neuerlichen Schläge und die Missachtung des Rechts auf Protest haben Abscheu und Wut ausgelöst und es wurde noch schlimmer, als junge Männer und Frauen, vor allem Studierende, zur Unterstützung der Rentner*innen in verschiedenen Städten des Landes auf die Straße gingen und brutal unterdrückt wurden.

Die Straßenschlachten begannen in den Straßen rund um die Universitäten der Hauptstadt Managua und an anderen öffentlichen Plätzen, als Mitglieder der Sandinistischen Jugend und von der Regierung finanzierte paramilitärische Gruppen über die Protestierenden herfielen und auf sie einschlugen. Dabei wurden sie von Polizeieinheiten unterstützt, die praktisch als Bodyguards dieser "Ortega-Mobs" agierten. Sogar die Armee wurde eingesetzt. Protestierende und Journalist*innen wurden geschlagen und beraubt. Vier unabhängige Medien wurden abgeschaltet um zu verhindern, dass sie über die Repression berichten.

Die Repression begann mit Tränengas, Gummigeschossen und Prügel. Es gab illegale Festnahmen, die von Gewaltexzessen und Folter begleitet wurden; schließlich wurde scharf geschossen. Die vielen Überschneidungen mit dem Vorgehen der Nationalgarde unter Somoza haben zu noch mehr Empörung bei den Menschen geführt, die nicht damit gerechnet hatten, noch einmal solche Szenen zu erleben. Deshalb bekamen die Protestierenden überall im Land Zulauf.

Aus Tränen wurde Wut

Am 19. April wurden die ersten Studenten und ein Polizist getötet; deshalb hat die Bewegung ihren Kampf nach diesem Datum benannt. Aus den Tränen wurde Wut: Noch in derselben Nacht gingen Menschen auf die Straße und die Proteste verbreiteten sich auf mehrere Provinzen, was wiederum zu mehr Toten, Verletzten, Verhafteten und Verschwundenen führte. Monimbó, das indigene Viertel von Masaya, León und Estelí, legendäre Orte des sandinistischen Aufstands, waren Zentren der Proteste.

Währenddessen hat Rosario Murillo, Vizepräsidentin und Ehefrau Ortegas, die Protestierenden als "winzige rechte Gruppen" diskreditiert (später behauptete sie, die Protestierenden seien von der CIA oder vom Movimiento Renovador Sandinista gesteuert). Im Kontrast zu ihrem sonst üblichen abgedroschenen Diskurs von Liebe und Frieden beleidigte sie die Demonstrant*innen als "kleine Lichter", "giftig", "Vampire", "blutrünstig" und "kriminelle Vandalen". Die Angriffe ihrer

Getreuen hingegen rechtfertigte sie als "Selbstverteidigung".

Ihre Aussagen wurden von zu vielen Zeug*innen widerlegt: Die sozialen Netzwerke waren voll von krassen Szenen der Mobs und der Polizei die zeigen, wie sie Menschen verprügeln und berauben, ganz gleich, ob es alte oder junge Menschen waren, Kinder, Journalist*innen oder einfach nur Passant*innen. Ángel Gahona, ein Journalist von der südlichen Karibikküste, der live berichtete, wurde am 22. April getötet.

Die Menschen haben ihre Angst verloren

In Managua gab es eine sechs Kilometer lange Demonstration, die Bedeutendste der vergangenen Jahrzehnte, die am symbolischen Zufluchtsort der Revolte geendet hat: der Upoli, der Technischen Universität Nicaraguas. Man merkt, dass die Menschen die Angst verloren haben.

*Die Großdemo in Nicaragua
Foto: Desinformémonos/Óscar Navarrete*



Die Szenen sind bereits im kollektiven Gedächtnis und werden nicht vergessen: junge Männer, die ein Auge verloren haben oder brutal verprügelt werden; Tote in einer Blutlache; Krankenhäuser, die die Verletzten nicht behandeln, weil die Regierung das so angeordnet hat; Mütter und Väter, die nach ihren Kindern suchen; Leute die plündern, während andere ihre Supermärkte und Geschäfte verteidigen; Polizeikräfte, die die Plünderungen unterstützen; Jugendliche, die berichten, wie sie von Wachleuten im Gefängnis ohne Wasser und Essen misshandelt wurden und schließlich beklaut, ohne Kleidung und Schuhe, auf den umliegenden Straßen der Hochsicherheitsgefängnisse ausgesetzt wurden ...

El pueblo unido jamás será vencido

Als Hintergrundkulisse sind revolutionäre Slogans wieder aufgetaucht wie: "Das geeinte Volk wird niemals besiegt", "freies Vaterland oder Tod" und "soll sich doch deine Mutter ergeben" (berühmter Ausspruch des Dichters Leonel Rugama, bevor er von der Nationalgarde erschossen wurde). Oder neuere Parolen wie "Ortega und Somoza sind genau dasselbe", "ja zur Demokratie, nein zur Diktatur" und "wir haben keine Angst", um nur einige zu nennen. Auf den Demos und Versammlungen waren auch wieder berühmte Lieder zu hören wie "Que vivan los estudiantes" von Los Guaraguao, Lieder der Brüder Mejía Godoy und sogar die Nationalhymne, die schon fast nicht mehr benutzt wurde.

Es war beeindruckend, wie sich Netzwerke bildeten, um die Hel-

fer*innen der Proteste zu unterstützen. Medizinstudent*innen haben improvisierte Krankensta-



tionen in der Politechnischen Universität und an anderen Brennpunkten der Proteste überall im Land aufgebaut und das Personal vieler Krankenhäuser hat sich der Anweisung verweigert, keine Krankenwagen rauszuschicken oder Verletzte aufzunehmen. Die Kirchen haben ihre Tore geöffnet. Die Leute haben Wasser, Essen, Medikamente, Kleidung, Geld und alles was sie gerade hatten geteilt, um zu helfen, und sogar die Gefängnisinsassen haben die Misshandlungen der verhafteten Protestler*innen dokumentiert. Die Solidarität bleibt ein Wert dieses Volkes.

Der Ton hat sich verändert

Nach dieser sozialen Mobilisierung hat die Regierung eine Rolle rückwärts gemacht: Sie hat zu einem Dialog mit dem Unternehmerverband Cosep aufgerufen; und als dieser sich geweigert hat, solange nicht andere Gruppen teilnehmen, hat die Regierung auch die Studierenden eingela-

den. Einen Tag danach hat Präsident Ortega das Gesetz widerrufen.

*Für viele Demonstrant*innen hat die Regierung ihre Glaubwürdigkeit verloren
Foto: Desinformémonos/
Óscar Navarrete*

Inzwischen geht es bei diesem Kampf nicht mehr nur um die Sozialversicherung; es geht auch um Gerechtigkeit angesichts der Getöteten und der Repression; die Kriminalisierung der sozialen Bewegungen, die gegen den Interozeanischen Kanal kämpfen, der durch das Gebiet von Indigenen und Landwirt*innen führen soll; die Bergbaukonzessionen; die Femizide und andere Formen von Gewalt gegen Frauen; die Morde an Zivilpersonen; die staatliche Korruption; der politische Klientelismus; die betrügerischen Wahlen und vieles mehr. Ein nationaler Dialog mit der Kirche als Vermittlerin und Zeugin reicht nicht aus, wenn nicht zuerst die Verantwortlichen für die vielen Toten vor Gericht gebracht werden.

Auch wenn die Scharfschützen inzwischen von den Straßen ver-

POLITIK / REDAKTION / NAHOST

Jemen - subversiv bis offensichtlich ...

schwunden sind, so manipuliert die Regierung doch weiterhin die Medien, um den Kampf zu kriminalisieren und in Verruf zu bringen und die entstehende Bewegung zu spalten. Es ist viel passiert und die Zukunft ist unklar. Nicaragua will einen Schritt weiter gehen, damit sich die Vergangenheit nicht wiederholt - so wie in diesen Tagen, in denen sich das Land wieder polarisiert hat und sich viele Familien zerstritten haben.

Die Jugend ist eine große Hoffnung, auch wenn sie sich dem Druck von Provokateuren ausgesetzt sieht, die die Bewegung spalten wollen. Und ja, es gibt etwas, in dem sich viele Menschen einig sind - so wie es die Feministinnen in Matagalpa gerufen haben: "Wir wollen in einem freien Land leben!" Der Ausbruch geht weiter.

Tania Montenegro ist unabhängige nicaraguanische Journalistin

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/nicaragua-der-unerwartete-ausbruch/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

(SB) 7. Mai 2018 - Entgegen gelegentlicher Meldungen über angebliche, durch die Vereinten Nationen vermittelte Geheimgespräche zwischen Saudi-Arabien und den schiitischen Huthi-Rebellen, um den Konflikt im Jemen zu beenden, schreitet im Südwesten der arabischen Halbinsel die Eskalation des Krieges voran. Am 3. Mai wartete die New York Times mit der spektakulären Enthüllung auf, daß seit Ende letzten Jahres US-Bodentruppen am Jemenkrieg beteiligt sind. Im Kongreß fühlen sich Abgeordnete und Senatoren düpiert, hieß es aus dem Pentagon doch stets - zuletzt bei öffentlichen Anhörungen im März - die militärische Unterstützung der USA für Saudi-Arabien im Jemen-Krieg beschränke sich ausschließlich auf Logistik, Luftbetankung und Aufklärung.

Als im März 2015 eine von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten geführte Militärkoalition in die jemenitische Innenpolitik eingriff, um dem Ende 2014 von den Huthis gestürzten Interimspräsidenten Abd Rabbu Mansur Hadi wieder zur Macht zu verhelfen, verfaßte Barack Obamas Nationale Sicherheitsberaterin Susan Rice ein Memorandum, das den Rahmen des militärischen Engagements der USA beschreiben und gleichzeitig eingrenzen sollte. Neben den bereits erwähnten Hilfeleistungen fand im sogenannte Rice Memo auch die Sicherung der saudischen Grenze zum Jemen ausdrückliche Erwähnung.

Dahinter verbarrikadiert sich nun das US-Verteidigungsministerium. In einer ersten Reaktion auf besagten NYT-Bericht hieß es, die rund ein Dutzend Green Berets, bekanntlich die Elitestreitkräfte des US-Heeres, die man im Dezember 2017 in den saudischen Südwesten entsandt habe, unterstützten lediglich die Truppen Riads bei der Sicherung der Staatsgrenze. Damit suggerierte das Pentagon, die Aussage von CENTCOM-Chef General Joseph Votel auf Befragung durch den Kongreß im März, die Funktion der US-Bodenstreitkräfte in Saudi-Arabien beschränke sich auf Beratung, ihnen kämen keine Kampfaufgaben zu, sei damals und heute noch gültig.

Das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Die Green Berets wurden mit dem Auftrag nach Saudi-Arabien entsandt, den Beschuß von saudischen Städten, Flughäfen, Militärinstallationen und vor allem Ölraffinerien zu verhindern. Seit Beginn des Krieges haben die Huthis mehr als 100 ballistische Raketen auf Ziele in Saudi-Arabien abgefeuert. Die Beschußrate nimmt sogar zu. Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres waren es mehr als 30 Raketen - soviel wie im gesamten Jahr 2017. Saudi-Arabien und die USA werfen dem Iran vor, die schiitischen Glaubensbrüder im Jemen mit Raketen zu beliefern, sind hierfür bislang jedoch den stichhaltigen Nachweis schuldig geblieben. Teheran unterstützt die Huthis diplomatisch und mora-

lisch, weist jedoch den Vorwurf der Rüstungshilfe entschieden zurück. In der Tat scheinen die Huthis längst selbst in der Lage zu sein, die früheren, aus der Sowjetunion stammenden Raketentypen der jemenitischen Armee nachzubauen.

Um diese Gefahr zu beseitigen, müssen die Green Berets die entsprechenden Werkstätten, Raketenlager und/oder mobilen Abschubrampen ausfindig machen und zerstören. Zu diesem Zweck sind sie mit eigenen Drohnen und Flugzeugen ausgestattet. Auch wenn am Ende der ganzen Prozedur die Vernichtungsaktion mittels Luftangriffen - etwa durch die saudische Luftwaffe - durchgeführt wird, kann man davon ausgehen, daß sich Amerikas "Lederhosen" heimlich in den Nordjemen hineinbegeben, um das erforderliche Ausspähen der Ziele zu verrichten. Hierfür spricht eine hochinteressante Ausschreibung, die am 30. April auf der US-regierungseigenen Website FedBizOpps erschienen ist und worüber am 2. Mai die Onlinezeitschrift Time.com ausführlich berichtet hat.

In der Anzeige werden private Militärdienstleistungsunternehmen gesucht, die in der Lage sind, zwei Transportflugzeuge und zwei Transporthubschrauber rund um die Uhr bereitzuhalten und bei Bedarf Spezialstreitkräfte, die bei Einsätzen im Jemen in Schwierigkeiten geraten, herauszuholen. Als primärer Stützpunkt, von wo aus solche Missionen geflogen werden sollten, wird Camp Lemonnier, der US-Luftwaffenstützpunkt in Dschibuti, auf der afrikanischen Seite des Roten Meers, neben den amerikanischen

Militäreinrichtungen Ali Al Salem Air Base in Kuwait und Al Udeid Air Base in Katar, genannt. Auch wenn es bislang keine Bestätigung für ein Eindringen der Green Berets in den von den Huthis kontrollierten jemenitischen Norden gibt, so hat der Demokrat Tim Kaine aus Virginia, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Senats, doch das Pentagon bezichtigt, mit der Mission an der saudisch-jemenitischen Grenze "die Linie zwischen Ausbilden und Ausrüsten auf der einen Seite und Kämpfen auf der anderen mit Absicht zu verwischen".

Die Enthüllung der New York Times stellt nur eines von mehreren Indizien für eine Verschärfung des Jemen-Konflikts dar. Hatte die US-Luftwaffe 2016 im letzten Amtsjahr Obamas als Präsident lediglich 36 Luftangriffe auf Al-Kaida-Ziele im Jemen durchgeführt, so waren es 2017, dem ersten Amtsjahr Donald Trumps, 130. Aktuell nehmen die Kämpfe um die strategisch wichtige Stadt Taiz, die zwischen der von Huthis kontrollierten Hauptstadt Sanaa im Norden und der von Saudi-Arabien und den VAE kontrollierten Hafenmetropole Aden im Süden liegt, an Heftigkeit zu. Ende März hat die saudische Luftwaffe bei einem Raketenangriff auf eine Hochzeitsfeier in Sanaa 33 Menschen getötet. Wenige Tage später kamen 38 Huthi-Rebellen beim Luftangriff auf das Innenministerium in Sanaa um Leben.

Noch Mitte April war es den Saudis gelungen, bei Luftangriffen um die Hafenstadt Hudeida am Roten Meer Saleh Al Samad, Mitglied des Führungkomitees der

Huthi-Bewegung Ansarullah, zu töten. Al Samad hatte zuletzt die Verteidigung Hudeidas befehligt, über das der Nordjemen noch mit ausländischen Lebensmitteln und Medikamenten versorgt wird. Als Vergeltung für das Ableben Al Samad drohen die Huthis ihrerseits, den saudischen Kronprinzen, Verteidigungsminister und Thronfolger Muhammed Bin Salman umzubringen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1594.html>

SCHACH - SPHINX

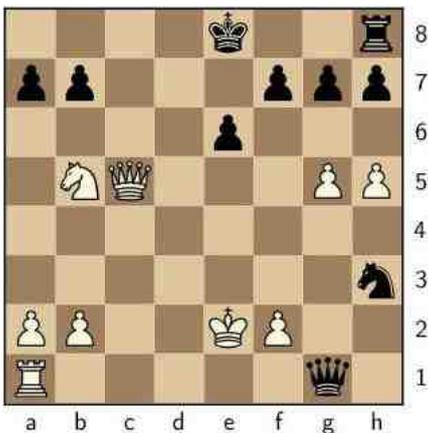
Das Lächeln des Usbeken

(SB) - Kopfzerbrechen beim isländischen Meister Stefansson. Vor ihm auf dem Brett - er spielt mit den schwarzen Steinen - hat er eine komplizierte Stellung. Sein Kontrahent, der usbekische Meister Nadirchanow, brütet tief in sich hinein. Er ist nach vielen wilden Komplikationen mit der Partie durchaus zufrieden. 1...Dg1xa1? würde ihm nach 2.Dc5-c8+ den Sieg einbringen und damit seinem Team bei der Mannschafts- Weltmeisterschaft in Luzern 1993 zu einem vollen Punkt verhelfen. Island hatte zuvor die hochfavorisierten Russen geschlagen. Ein Sieg über die Isländer wäre ein glatter Triumph für die Usbeken gewesen. Diese eine Partie zwischen Stefansson und Nadirchanow würde den Ausschlag geben. Daher auch das strenge Stirnrunzeln bei Stefansson. Mit der simplen Abfolge 1...Dg1-g4+! 2.Ke2-f1 Dg4-g1+ könnte er leicht ein Remis durch

POLITIK / KOMMENTAR / HERRSCHAFT

Kommunal - Graugrün abgelöst ...

Dauerschach erzwingen. Aber er träumt von einem zweiten großen Sieg über ein Team aus der ehemaligen Sowjetunion. Warum nicht, so überlegt er, einfach 1...Dg1xg5 spielen? Mit zwei Mehrbauern wäre die Partie dann bequem zu gewinnen gewesen, zumal das Schachgebot mit der weißen Dame leicht abzuwehren wäre. Stefansson fühlt sich innerlich zerrissen zwischen Sieg oder Remis. Er gibt sich einen Ruck und schnappt sich den Bauern im heutigen Rätsel der Sphinx. Der Vorhang fällt, kein Weg führt mehr zurück. Auf dem Gesicht des Usbeken tritt ein Lächeln. Warum, Wanderer?



Nadirchanow - Stefansson
Luzern 1993

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:

Der Jubel im Publikum war groß, als Amateur Apel mit 1.Dg5-e3! Le6-d7 2.De3-f4! - wundervoll, denn nun würde auf 2...Dd6xf4 3.Sc5xd7# folgen, eine seltene Spielart des Epaulettenmatts - 2...Dd6-e7 - war gedacht als Veröhnungsoffer, aber Apel ließ sich nicht betören - 3.Df4xf7+! De7xf7 4.Sc5xd7#

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06557.html>

(SB) 7. Mai 2018 - Ob heilsamer Schuß vor den Bug oder Vorbote einer Götterdämmerung grüner Sachwalterschaft im Dienst von Staat und Wirtschaft - die Abwahl des Freiburger Oberbürgermeisters Dieter Salomon hat wie eine Schockwelle das politische Establishment im Kernland der Ökopartei erschüttert. 40 Jahre lange hatte die SPD dieses Amt in der mit rund 230.000 Einwohnern viertgrößten Stadt Baden-Württembergs besetzt. 2002 wurde Salomon als erster grüner Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt gewählt und er galt fortan als Vorreiter und Symbolfigur des Siegeszuges seiner Partei in dem Bundesland. Freiburg wurde zur grünen Bastion schlechthin, und dies nicht nur wegen der zahlreichen Studenten in der Stadt, sondern auch wegen des international bekannten Vorzeigeviertels Vauban für ökologisches Leben. Salomon wurde bereits als Nachfolger für Ministerpräsident Winfried Kretschmann gehandelt, mit dem er sich einig in der Durchsetzung einer konservativen Realo-Politik war.

In der Hochburg der Grünen brach eine neue Ära an, als Amtsinhaber Dieter Salomon nach 16 Jahren als Oberbürgermeister im ersten Wahlgang zurücklag. Der 33jährige Sozialwissenschaftler Martin Horn, Sohn eines evangelischen Pfarrers und bis Januar in Freiburg völlig unbekannt wie auch als Politiker absolut unerfahren, kam

als unabhängiger Kandidat aus dem Stand auf 34,7 Prozent. Dahinter folgte Salomon mit 31,3 Prozent, auf die linke, unabhängige grüne Kandidatin Monika Stein entfielen 26,2 Prozent. Da niemand die absolute Mehrheit erreicht hatte, war eine Stichwahl erforderlich.

Dieses Alarmsignal rief die grüne Parteiprominenz auf den Plan, die in den verbliebenen zwei Wochen retten wollte, was zu retten war. Neben Ministerpräsident Kretschmann kamen auch Cem Özdemir und Claudia Roth nach Freiburg, um Wahlkampf zu machen und den 57jährigen Amtsinhaber nach Kräften zu unterstützen. Das scheint jedoch die falsche Medizin gewesen zu sein. Die Stichwahl gewann Martin Horn mit 44,2 Prozent der Stimmen, während Dieter Salomon weit abgeschlagen mit 30,7 Prozent noch hinter das Ergebnis des ersten Wahlgangs zurückfiel. Bezeichnend war, daß der Amtsinhaber in traditionell grünen nahen Wahlbezirken noch mehr Stimmen als zwei Wochen zuvor eingebüßt hatte. Offenbar war auch der Wahlauftritt des Freiburger Historikers Ulrich Herbert, der wenige Tage vor der Wahl noch eine Anzeige geschaltet hatte, mehr oder minder ungehört verhallt. Horn, der von der SPD unterstützt wurde, aber stets seine Überparteilichkeit betont hatte, tritt am 1. Juli als jüngster Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt sein Amt an. Salomon, der vor der Wahl

angekündigt hatte, er werde im Falle einer Niederlage in den Ruhestand gehen, erklärte am Wahlabend, für ihn beginne nun ein neuer Lebensabschnitt. [1]

Wie konnte es zu diesem Debakel des arrivierten Grünen-Politikers kommen? Je nach politischer Couleur fielen die Reaktionen von triumphierend über süffisant-boshaft bis zugewandt kritisch aus. Salomon habe sich Erfolge bei der Haushaltssanierung, dem Klimaschutz, der wirtschaftlichen Entwicklung und der städtebaulichen Erneuerung zugute gehalten, doch sei ihm die Nähe zu den Bürgern abhandengekommen und er habe selbst für das gut verankerte grüne Kernmilieu manchmal nur noch Spott übriggehabt, meinten die einen [2]. Andere erklärten, er habe sich zu sicher gefühlt und es versäumt, der Bürgerschaft zu erklären, warum sie ihn noch einmal wählen soll. Auch fehlte es nicht an Verweisen darauf, daß die Stadt unter den Folgen des eigenen Booms wie steigende Mieten, Staus und Baustellen leide, während überdies ein neuer Stadtteil in Planung sei [3]. Eines der dominierenden Themen im Wahlkampf waren denn auch die hohen Mietpreise in der Universitätsstadt gewesen. Einig war man sich quer durch die Lager kritischer Stimmen, daß der Wahlausgang ein Zeichen des Protests gegen das eingefahrene politische Establishment in der Stadt gewesen sei.

Das läßt sich natürlich konkreter fassen. Für das Modell einer konservativen grünen Politik ist die Niederlage in Freiburg zweifellos ein schwerer Schlag, fällt sie doch zusammen mit einer

Krise der grün-schwarzen Landesregierung. In der Partei werden die Stimmen lauter, Winfried Kretschmann solle sich wieder mehr um grüne Inhalte kümmern, statt nur um die Stabilität seiner Koalition. Der seit ihrem Sieg bei der Landtagswahl 2011 lange fest im Sattel sitzenden und von Kretschmann auf Grün-Schwarz eingeschworenen Regierungspartei weht auch von der eigenen Basis her ein zunehmend kalter Wind ins Gesicht. Etwa ein Drittel der Landtagsabgeordneten und ein Drittel der grünen Mitglieder gelten als tendenziell unzufrieden mit dem konservativen Kurs des Ministerpräsidenten und werden dies künftig noch deutlicher zum Ausdruck bringen.

Das hatte sich bereits beim Landesparteitag in Leinfelden-Echterdingen bei Stuttgart abgezeichnet. Wenngleich kein Redner die Koalition mit der Union grundsätzlich in Frage stellte, wurde mehrfach ein entschlosseneres Auftreten gegenüber der CDU gefordert, die eine Reform des Landtagswahlrechts blockiert hatte. In einer grün-schwarzen Koalition habe der Koch und nicht der Kellner das Sagen, man habe ein Machtwort Kretschmanns vermißt, hieß es da. Dieser räumte immerhin ein, daß der Streit mit der CDU eine schwere Belastungsprobe für die Regierungskoalition gewesen sei, doch lasse man sich von Krisen einfach nicht entmutigen. Der Landesvorsitzende Hildenbrand plädierte immerhin dafür, die Unterschiede zwischen den Grünen und der CDU nicht zu verdecken, sondern mit ihnen ehrlich umzugehen. "Es braucht Kompromissbereitschaft, wo es

sinnvoll ist. Es braucht Konfliktbereitschaft, wo es notwendig ist." Noch einen kleinen Schritt weiter wagte sich die Landeschefin der Grünen Jugend, Lena Schwelling, hervor, die erklärte, sie habe kein Vertrauen in die Zusammenarbeit mit der CDU. Prophezeiungen von SPD und FDP, daß die grün-schwarze Koalition am Ende sei, seien aber völlig unangemessen. [4]

Noch köchelt der Unmut eher auf Sparflamme, trauen sich die Grünen offenbar nicht an die Grundsatfrage heran, ob sie sich nicht selber überflüssig und damit unwählbar machen, je enger sie an den Kurs der CDU heranrücken. So lobte Kretschmann auf dem Landesparteitag ausdrücklich das umstrittene Vorgehen der Polizei in der Ellwanger Flüchtlingsunterkunft. Die Ordnungskräfte hätten die schwierige Situation entschlossen und besonnen gelöst, das sei der richtige Weg. Klar sei, daß Menschen, die nicht politisch verfolgt und nicht vor einem Bürgerkrieg geflohen seien, in der Regel in ihre Heimat zurückkehren müßten. Er habe Verständnis für Menschen, die sich aus Afrika auf den Weg für ein besseres Leben machten, doch nach dem Asylrecht dürften Wirtschaftsflüchtlinge nicht bleiben, weshalb dringend ein Einwanderungsgesetz erforderlich sei. Sollte der unverfrorene Gebrauch des Begriffs "Wirtschaftsflüchtling" unter Ausblendung jeglicher Verantwortung Deutschlands für das Elend in den Herkunftsländern tatsächlich Konsens bei den Grünen sein?

Als Kretschmann Anfang vergangenen Jahres das neue Polizeigesetz in Baden-Württemberg

POLITIK / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

**Lieber Gott, mach mich fromm,
dass ich schnell in Arbeit komm!**

von Diana Aman für Neue Debatte [1], 4. Mai 2018

mit den Worten ankündigte, man werde die rechtlichen Vorgaben bis an ihre Grenzen ausschöpfen, hatte er noch untertrieben. Das bis dahin schärfste Polizeigesetz in einem Bundesland schien diese Grenzen sogar zu überschreiten und lieferte eine Steilvorlage für Bayern, aber auch Bremen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen, letztlich die von den Innenministern der Länder und des Bundes angestrebte bundesweite Vereinheitlichung auf einem repressiven Niveau. Man braucht den Ministerpräsidenten also nicht einmal vor einem Porsche oder Mercedes ablichten, um die allerdings rhetorische Frage aufzuwerfen, wohin das grüne Schiff noch reisen soll, wenn es das schwarze auf Steuerbord überholt.

Anmerkungen:

[1] www.zeit.de/politik/deutschland/2018-05/freiburg-oberbuergermeister-dieter-salomon-abgewaehlt

[2] www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-konnte-martin-horn-einjunger-man-ohne-politische-erfahrung-freiburgs-oberbuergermeister-salomon-aus-dem-amt-jagen-15577653.html

[3] www.sueddeutsche.de/politik/salomon-niederlage-in-freiburg-warnung-fuer-die-gruenen-1.3970253

[4] www.sueddeutsche.de/politik/regierungskrise-in-baden-wuerttemberg-gruene-empoenen-sich-ueber-suedwest-cdu-1.3968845

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1783.html>

Ein Aufklärungsversuch zur aktuellen Debatte über Hartz IV, Grundeinkommen, neue Regelinstrumente zur Arbeitsbeschaffung und das Dasein "in Arbeit".

Seit Hartz IV nicht mehr Armut bedeuten soll, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hoffnungsfroh von neuen "Regelinstrumenten" schwärmt, welche im aktuellen Koalitionsvertrag stehen, um Menschen "in Arbeit" zu bringen und Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) von einem "Grundeinkommen" als Alternative spricht, herrscht einiges an Durcheinander, was die neuen Ideen und Konzepte für eine zukunftsfähige Grundsicherung angeht.

Ebenfalls verhandelt wird in diesem Zuge über einen sozialen Arbeitsmarkt, Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgeber und gemeinnützige Tätigkeiten zu Mindestlöhnen. All dies solle sich aber definitiv von bisherigen ABMs (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) und 1-Euro-Jobs unterscheiden, welchen vorgeworfen werden konnte, reguläre Beschäftigungsverhältnisse verdrängt zu haben.

Ebenfalls unklar ist, wie sich der Zustand "in Arbeit" zu sein eigentlich definieren lässt, in dem einem breiten politischen Kon-

sens nach - alle Beschäftigungsfähigen dringend integriert werden sollen. Ist eine Alleinerziehende mit Teilzeitjob eigentlich "in Arbeit"? Und wenn ja, warum bezieht sie dann immer noch aufstockend Hartz IV? [2] Was ist mit Vollzeitäftigen, die nicht genug verdienen, um ihr Leben bestreiten zu können und ebenfalls zusätzliche Sozialleistungen beantragen müssen? Ist eine Hausfrau und Mutter eigentlich überhaupt nicht "in Arbeit"?

Vieles gilt es hier offenbar aufzuklären.

Wann bin ich "in Arbeit"?

Es gibt Redewendungen, die können den gesunden Menschenverstand schon etwas verwirren. So machen manche Menschen zum Beispiel "in Autos", "in Holz", oder wo auch immer hinein, um kurzzufassen, in welcher Branche sie tätig sind. Eine Renaissance erfährt offenbar die Redewendung generell "IN Arbeit" zu sein, im Gegensatz dazu, einfach Arbeit "zu haben" [3]. Man hat sie nicht mehr oder hat sie nicht, sondern man IST in ihr, quasi in einem Arbeitsdasein, einem speziellen Zustand, der offenbar die einzig legitime Lebensform unserer Gesellschaft ausmacht. So weiß auch Hubertus Heil davon

zu berichten, dass die meisten Menschen "in Arbeit" wollen und es deshalb gelte, diese Menschen - auch wenn sie schon lange arbeitslos gemeldet sind - nicht aufzugeben und dringend "in Arbeit" zu integrieren [4].

Wenn wir von Arbeit sprechen, meinen wir damit oft sehr unterschiedliche Dinge. So kann ich zum Beispiel sehr hart in meinem Garten arbeiten oder meine Wohnung putzen. Sobald etwas anstrengend ist, kommt es uns schon mal über die Lippen, dass das echt harte Arbeit war. Auch das Produzieren von etwaigen Dingen, sei es das Bauen eines Bettes, das Backen eines Kuchens oder das Stricken eines Pullovers verstehen wir grundsätzlich als eine Form der Arbeit. Es gibt einige Charakteristika, welche typisch sind, um Tätigkeiten als Arbeit zu bezeichnen.

Die Philosophie unterscheidet mindestens acht Kriterien, welche sich über Mühe, Zweckrationalität, Güterproduktion, Regelmäßigkeit und Erhalt eines Einkommens erstrecken. Dabei ist der Verdienst heutzutage das entscheidende Attribut, dem alle anderen Merkmale untergeordnet sind. Denn alles, so mühsam oder produktiv es auch sein mag, erscheint doch irgendwie als Privatvergnügen, solange es nicht dazu führt, dass ich tatsächlich davon leben kann. In Arbeit zu sein, bedeutet deshalb auch - wie man so schön sagt - auf eigenen Beinen zu stehen, für sich selbst sorgen zu können, unabhängig und auf keinerlei Hilfe angewiesen zu sein.

Eine Mutter, die jeden Tag für ihre Kinder sorgt, ist nach diesem

Verständnis eben nicht in Arbeit und auch ein Vollzeitstätiger, welcher aufgrund zu geringer Lohnzahlungen noch mit Hartz IV aufstocken muss, entspricht dem Kriterium nicht vollständig. Mindestens hier scheint irgendetwas schief zu laufen.

Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens betonen deshalb immer wieder, dass Geldverdienen nicht das Hauptkriterium sein kann, um Arbeit zu definieren. Sinnvolle und notwendige Tätigkeiten lassen sich sehr wohl außerhalb des ökonomischen Arbeitsmarktes finden. Volkswirtschaftlich betrachtet werden sogar die meisten Arbeitsstunden ohnehin unentgeltlich geleistet: In Ehrenämtern, Nachbarschaftshilfe und Familie [5].

Arbeit ist doch nicht nur Geld verdienen!

Interessanterweise wissen auch einige unserer Politiker, dass Arbeit sich nicht im Geldverdienen erschöpft. Hingegen sei Arbeit auch Spaß und Anerkennung und verleihe dem Menschen Würde [6]. Schade nur, dass sie damit nicht sagen wollen, dass all diese schönen Dinge zum Erwerb oben drauf kommen, sondern dass sie Menschen mit solch hehren Sätzen die Bescheidenheit verordnen wollen, auch Jobs im Billiglohnssektor und in der Leiharbeit anzunehmen. Wer denkt denn bitte ans schöne Geldverdienen, wo es um das edle Gut der Arbeit geht?

Den Befürwortern eines bedingungslosen Grundeinkommens wird hingegen vorgeworfen, Menschen mit profanen Geldleistungen abspeisen zu wollen, oh-

ne sie mit zusätzlichen Beschäftigungsverhältnissen zu segnen [7]. Einfach nur mit Geld könne man die Menschen doch nicht alleine lassen. Einfach ohne Geld hingehen schon.

Politisch verdreht wird hier, dass Geldverdienen zwar kein umfassendes Kriterium für Arbeit, jedoch umso mehr ein notwendiges ist, wenn man "auf eigenen Beinen stehen" und von der "eigenen Hände Arbeit" leben können soll. Das Argument, Geld sei nicht alles, stellt kurzerhand die Bedürfnispyramide auf den Kopf: Kein Mensch kann sich heute von gesellschaftlicher Anerkennung ernähren oder vom Spaß an der Arbeit, so wunderbar es auch ist, dass diese Eigenschaften dem Arbeitsprozess hin und wieder innewohnen. Daraus aber abzuleiten, dass man bei Arbeit aufs Geldverdienen genügsam verzichten könne ist eine Farce. Ein wahrlich ambivalenter Anspruch, den die Politik dem Individuum auferlegt.

Doch was wäre die geschönte Arbeitslosenstatistik schließlich ohne den aufgeblähten Leih- und Niedriglohnssektor, in den man die Menschen mit solchen Bescheidenheitsparolen hineinmoralisiert? Dieses Lohndumping ist überhaupt nur möglich geworden, weil es ein Heer an Arbeitslosen gibt, die mit massivem Druck durch die Jobcenter auf den Arbeitsmarkt zurückgedrängt werden.

Wir bekennen uns zum Ziel der Vollbeschäftigung

Weil Arbeit so edel und gut ist, auch wenn man davon schon nicht mehr leben kann, darf kein

Mensch allein gelassen werden, wenn er sich in einem Leben jenseits von "in Arbeit" wiederfindet. So heißt es dann auch von Abgeordneten der Regierungsparteien: "Ziel muss immer die Integration auf dem Arbeitsmarkt sein." [8] oder "[...] diese Gesellschaft soll verdammt noch mal kein gestörtes Verhältnis zu ordentlicher Erwerbsarbeit bekommen." [9]

Im Koalitionsvertrag bekennt man sich deshalb gleich im ersten Satz des Abschnittes über Arbeit und soziale Teilhabe "zum Ziel der Vollbeschäftigung" [10]. Diesem wähnt man sich auch schon ganz nahe. Schließlich habe man seit der Hartz-Reform die Arbeitslosenzahlen halbiert und wir stünden mit einem Bein schon fast wieder so gut da wie in der Nachkriegszeit! [11] Glück auf!

Auch hören wir in der aktuellen Diskussion bei Anne Will von 1,2 Millionen freien Arbeitsstellen. Diese armen 1,2 Millionen Arbeitsstellen, die partout nicht besetzt werden wollen, obwohl die Arbeitgeber so händeringend nach Arbeitskräften suchen! Wie kann es sein, dass die Arbeitslosen nicht wie von selbst in diese Lücken rieseln und das gesellschaftliche Vollbeschäftigungsprogramm erfüllen? Es könnte doch so einfach sein!

Wo das Problem liegt, erkennt man jedoch schnell, wenn einem klar wird, dass diese Arbeitsstellen genauso wenig dauerhaft eines fleißigen Arbeitnehmers harren, wie eine leerstehende Wohnung in einer Großstadt eines passenden Mieters. Zwar gibt es täglich tausende leere Wohnungen, doch heißt dies nicht, dass diese

statisch dauerhaft leer stehen. Vielmehr bedeutet es, dass bei den ständigen Ein- und Auszügen immer mal Wohnungen leer stehen, die aber schnell wieder vergeben sind. Und auch die 1,2 Millionen freien Stellen sind eine rein statistische Größe einer häufig friktionellen Arbeitslosigkeit, also der Arbeitslosigkeit zwischen der Aufgabe einer alten und dem Finden einer neuen Tätigkeit, dessen freie Stellen sich kurzfristig auftun und schnell wieder besetzt werden. Dies kann überhaupt nur gelingen, wenn es noch genug Arbeitssuchende gibt.

Zwar mag es darunter auch Stellen geben, die in einer strukturellen Arbeitslosigkeit gründen, doch gerade diese könnten durch gezielte Förder- und Bildungsprogramme behoben werden, würde man diese Weitsichtigkeit in den Jobcentern einmal aufbringen.

Tatsache ist jedoch, dass wir nicht ein Problem mit 1,2 Millionen scheinbar unbesetzbaren Stellen haben, sondern mit weit über 4 Millionen Arbeitslosen, welche wie bei dem Spiel der Reise nach Jerusalem einfach keinen (Arbeits)platz mehr finden können! [12]

Dem regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD) ist inzwischen klar geworden, dass der Arbeitsmarkt nicht genug freie Stellen hergibt, um allen Menschen, die Arbeit suchen, auch Arbeit geben zu können. Deshalb schlägt er vor, gemeinnützige Beschäftigung über die Kommunen anzubieten, welche mit einem Mindestlohn vergütet "solidarisches Grundeinkommen" heißen sollen. [13]

Dieser Begriff hat für einige Verwirrung gesorgt. Denn erstens hat Herr Müller offenbar noch nicht davon gehört, dass der SPD Rhein-Erft-Kreis genau unter diesem Namen schon ein Grundeinkommenskonzept entwickelt hat, welches ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) für alle vorsieht [14] und zweitens beinhaltet sein solidarisches Grundeinkommen eben auch nicht, was die meisten Menschen unter einem "Grundeinkommen" verstehen. Denn "Grundeinkommen" meint inzwischen kurz ein "bedingungsloses Grundeinkommen", dessen Clou gerade darin liegt, nicht arbeiten zu müssen, um es zu erhalten. Das ist jedoch das Gegenteil von Müllers Vorschlag.

Der Koalitionsvertrag wähnt sich hingegen in einem "ganzheitlicheren" Ansatz, um vor allem Langzeitarbeitslose (langzeitarbeitslos ist man nach über 12 Monaten durchgehender Arbeitslosigkeit) in den Arbeitsmarkt zu reintegrieren. Die Zauberformel für diese neu geschaffenen Arbeitsstellen liegt in einem "Regelinstrument", welches vorsieht, sowohl auf dem ersten, als auch dem sozialen Arbeitsmarkt langfristige aber sukzessiv absinkende Lohnkostenzuschüsse zu zahlen. Dies soll Arbeitgeber der freien Wirtschaft, gemeinnützige Einrichtungen und Kommunen dazu motivieren, Arbeitnehmer einzustellen und später auch zu übernehmen [15].

Bisher wurden Lohnkostenzuschüsse abrupt beendet, was zur Folge hatte, dass Arbeitgeber die Arbeitsverhältnisse immer wieder nach Auslaufen des Zuschusses kündigten, was hier nicht mehr

passieren soll. Inwiefern diese Arbeitsstellen reguläre Beschäftigungsverhältnisse nicht verdrängen sollten, bleibt jedoch unklar.

Erster Arbeitsmarkt und der Rest

Jeder Student der Betriebswirtschaft wird schnell lernen, dass das Ziel eines Unternehmens nicht darin liegt, möglichst viele Menschen zu beschäftigen, sondern mit möglichst wenigen Mitarbeitern einen maximalen Gewinn zu erwirtschaften. Unter dieser Prämisse muss der Staat der Wirtschaft schon ganz schön die Stiefel lecken, um sich annähernd so etwas wie Vollbeschäftigung auf die Fahnen schreiben zu können.

Während auf der einen Seite nämlich alles möglichst privatisiert wird, um Kosten zu sparen, muss der Staat auf der anderen Seite mit Lohnkostenzuschüssen und anderen verdeckten Gaben wieder kräftig nachhelfen, damit diese angeblich freie Wirtschaft die Menschen wieder unter ihre Beschäftigungsfittiche nimmt.

Da, wo per se eher wenige Menschen gebraucht werden, hilft man also finanzkräftig nach, Beschäftigung zu schaffen. Doch dort, wo gesellschaftlich höchst sinnvolle Aufgaben anstehen, spart man sich lieber in die schwarze Null.

Es gibt Tätigkeiten, die nicht gewinnorientiert gedacht und schon gar nicht ausgeführt werden können. Behörden, Schulen, Polizei, Universitäten, Justiz, Alten-, Kranken- und Heilerziehungspflege sowie Kinderbetreuung ha-

ben in der Privatwirtschaft so wenig zu suchen wie die Müllabfuhr oder die Feuerwehr. Hier lässt sich kein Gewinn erwirtschaften, sondern muss ein notwendiger Dienst an der Gemeinschaft geleistet werden. Dies trifft auch auf etliche andere Branchen zu, deren Sinn in der Erfüllung eines humanen Dienstes und nicht in der Erwirtschaftung eines Profites liegt.

Doch entweder lagert man die Aufgaben seit der Wende zum dritten Weg privatwirtschaftlich aus oder lässt sie brach liegen, in der Hoffnung, dass ein paar engagierte Bürger sich der Not schon annehmen werden. Der Staat braucht sich wahrlich nicht dafür auf die Brust zu klopfen, dass es in Deutschland wieder eine Armenpeisung gibt.

Wenn Michael Müller darauf verweist, dass es sich bei den gemeinnützigen Tätigkeiten nur um zusätzliche Arbeit handelt, die bisher nicht geleistet wird, was er mit dem Beispiel eines Hausmeisters in einer Schule verbildlicht, dann ist das eine traurige Wahrheit. Verdrängt werden kann nur, was noch existiert, aber nicht, was schon gestrichen wurde. Was von Herrn Müller gut gemeint ist, bedeutet doch nichts anderes, als das eigentlich notwendige staatliche Arbeitsverhältnisse durch zusammengesicherte Ersatzbeschäftigungen auf Hartz-IV-Niveau ersetzt werden.

Was ein Staat sich leisten muss

Den Gürtel enger schnallen, Vollzeitarbeiten, auch wenn es nicht zum Leben reicht, als Mutter das Kind abgeben müssen, um dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu

stehen, nach einem Jahr Arbeitslosigkeit in Hartz IV fallen, auch wenn man 30 Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, als Selbständiger kein Geld für die Krankenversicherung haben: Deutschland scheint sich an den schleichenden Abbau von Wohlstand und Lebensqualität gewöhnt zu haben. Hoffnung auf Besserung ist ein Luxus, den man sich nicht mehr zu leisten wagt. Vielmehr soll es immerhin auch den anderen schlecht gehen, damit man das alles ertragen kann.

So kommt es, dass inzwischen auch der Sozialstaat grundsätzlich in Frage gestellt wird und die Kürzungen im Hartz-IV-System breite Legitimation erfahren. "Bei mir würde es nach zwei Jahren gar nichts mehr geben!" schimpft die Reinigungskraft Heidi Ralfs in einer Talkshow. [16] Dass Kriminalität und Obdachlosigkeit eine direkte Folge von Armut sind, welche nachher auch sie als anständig arbeitendes Glied der Gesellschaft irgendwie belästigen dürfte, scheint ihr nicht bewusst zu sein.

Auch gibt es die Meinung, dass der Steuerzahler sich gegen Arbeitsunwillige wehren können muss: "Wir alle können uns somit nicht mehr vor der Ausbeutung derjenigen schützen, die nicht selbst für sich sorgen wollen, selbst wenn sie es könnten." [17]

Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens löst deshalb auch bei Stephan Stracke (CDU) große Empörung aus: "Was letztlich dahinter steckt ist eine Entkoppelung des Anspruchs auf Existenzsicherung vom Arbeitsmarkt und letztendlich bedarf ich überhaupt keiner Bereit-

schaft mehr einer zumutbaren Arbeit nachzugehen." [18]

Ja, das hat Herr Stracke richtig verstanden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen will den Anspruch auf Existenzsicherung von der Pflicht einer Arbeit nachzugehen entkoppeln. Ja, ein Existenzrecht sollte ein Mensch sich eben nicht erst verdienen müssen, sondern das sollte ihm von Geburt an zustehen. Ja, so ein Recht sollte jeder Mensch per Grundrecht irgendwie schon haben, ohne dafür erst eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Und ja, tatsächlich steht sogar genau das schon in unserem Grundgesetz: "Deutschland ist ein sozialer und demokratischer Bundesstaat", in welchem die Würde zu achten und zu schützen, Verpflichtung aller staatlichen Gewalt ist [19].

Ein Existenzminimum muss in einem sozialen Bundesstaat unter allen Umständen gewährt werden und darf nicht von einem Wohlverhalten abhängig sein. Die Bundesregierung versucht mit Hartz IV einen interessanten Mittelweg. Das Motto scheint zu lauten: Wie schlecht kann man es machen, dass es von außen aber noch nach Sozialstaat aussieht? Wer genauer hinsieht, wird auch bemerken, dass die schlichte Existenz auf Minimalniveau nichts mit einer Ausbeutung zu tun haben kann, da man nicht mehr in Anspruch nimmt, als man gradeso zum Überleben braucht. Ein Grundrecht kann man nicht ausbeuten.

Ein Recht auf Arbeit?

Ist das bedingungslose Grundeinkommen nun also etwas für faule Systemdeserteure? Sehen die

denn nicht, dass ein anständiges Leben bedeutet, seinen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten? So definiert die Philosophieprofessorin Angelika Krebs: "Eine Arbeitsgesellschaft ist eine Gesellschaft, in der soziale Zugehörigkeit wesentlich daran geknüpft ist, dass man seinen Arbeitsbeitrag leistet." [20]

Und Oskar Negt definiert Arbeitslosigkeit als einen Gewaltakt, da es ein Recht sein muss, von bezahlter Leistung leben zu können." Wird diese Möglichkeit entzogen, bedeute dies einen schmerzhaften Entzug von Anerkennungsprivilegien [21]. Obwohl immer wieder prophezeit wird, dass die Arbeit in Zukunft ausgehen könnte, was gerade durch die Digitalisierung und Arbeit 4.0 in vieler Munde ist, habe Arbeit kaum eine Abwertung erfahren, konstatiert Negt.

Aber wie könnte sie auch? Arbeit wird politisch als Basis für ein Existenzrecht zementiert. Nicht nur, dass man ohne Arbeit nicht gut leben kann, viel mehr soll man ohne Arbeit auch nicht gut leben können! Wer mit Parolen wie "Es gibt kein Recht auf Faulheit" jedes Dasein jenseits der Erwerbsarbeit verächtlich macht und durch mediale Kampagnen das Bild eines Lumpenproletariats zeichnet, kann nachher mit Sicherheit finden, dass die Gesellschaft nach einem Recht auf Arbeit schreit und Sanktionen für Arbeitsunwillige als Strafe fordert. Die Hartz-IV-Reform hat die gesellschaftliche Stimmung ihrer eigenen Legitimation gleich mit erzeugt.

Dabei ist ein Recht auf Arbeit wahrlich paradox. Der Ruf nach

einem Recht auf Pflicht. Denn ein Recht auf Tätigkeit im umfassenden Sinne braucht man nicht einzufordern. Das Recht auf sinnvolle Tätigkeit existiert immer, solange man ein handlungsfreier Mensch ist. Doch das Recht auf Arbeit meint das Recht, seine Arbeitskraft auf dem Markt verkaufen zu "dürfen". Da dieses scheinbare Privileg aber in unserer Gesellschaft eine Notwendigkeit ist und keine freie Wahl, handelt es sich um einen Ruf nach Unterdrückung: Das Recht, die Pflicht zu haben, nur gegen eine Arbeitsleistung Leben zu können.

Dass manche Muslima freiwillig ein Kopftuch tragen will, können wir nicht verstehen. Ein Recht auf Arbeit finden wir aber voll okay. Dabei wäre ein Recht auf Einkommen zu fordern, um endlich frei zu sein in der Entscheidung, welche Arbeit wir sinnvollerweise erledigen wollen oder welche gerade ansteht.

Soziale und sinnvolle Arbeit

Das Grundproblem, welches der Forderung eines Rechtes auf Arbeit innewohnt, ist, dass wir gemeinhin glauben, Geldverdienst wäre ein untrügliches Zeichen von sozialer Relevanz. Findet sich ein zahlender Kunde für eine Dienstleistung, weist das eine Tätigkeit als sozial bedeutsam aus. Stehe ich hingegen mit meinen selbst geklöppelten Decken allein an meinem Verkaufstresen und finde keinen Abnehmer, war all mein Klöppeln offenbar umsonst und hat keinen gesellschaftlichen Wert.

Die Gleichsetzung von Erwerbsarbeit und wichtiger Arbeit führt

auch dazu, dass Tätigkeiten in einem künstlich geschaffenen Sektor nur schwerlich Anerkennung finden. Zwar kann man durch die Aufnahme eines 1-Euro-Jobs seine Arbeitswilligkeit beweisen, doch irgendwie haftet dem der Beigeschmack an, eine eigentlich nicht wirklich notwendige Tätigkeit zu sein.

Das besondere an Arbeit ist, dass wir durch sie unsere soziale Zugehörigkeit beweisen. Deshalb sind sowohl Mühe als auch Güterproduktion, zweckrationales Handeln oder sozial eingebundenes Handeln in einem Ehrenamt letztlich keine "echte Arbeit" im Sinne unseres Gerechtigkeitsverständnisses, sondern erst die Arbeit mit Erhalt eines Lohnes oder Honorars.

Einfach umdefinieren kann man Arbeit deshalb nicht. Aber aufklären kann man darüber, dass heute weder jede sinnvolle und notwendige Arbeit bezahlt wird, noch jede bezahlte Arbeit sinnvoll und notwendig ist. Der angeblich freie Markt vermag es nämlich nicht, die Hürde zu überwinden, dass Bedürfnisse armer Menschen häufig unbefriedigt, seltsame Luxusbedürfnisse reicher Menschen hingegen willfährig bedient werden.

Auch sollten wir uns darüber bewusst werden, dass Tätigkeiten, die heute keinen Wert zu haben scheinen, in Zukunft sehr wichtig sein können. So haben Erfinder wohl häufig das schwere Los erlitten, über Hunger und Durst hinweg ihre Neuerungen in die Welt zu bringen, die später der Gesellschaft einen großen Dienst erwiesen. Charles Goodyear ist so ein legendäres Beispiel, welchem wir

zwar unsere Autoreifen zu verdanken haben, der aber selbst nur in Not überleben konnte.

Viel zu gerne lassen wir uns damit abspeisen, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen viel zu teuer wäre. Und das glauben wir dann. Während das Vermögen in wenigen Händen exorbitant in die Höhe schnellte, die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft, lassen wir uns einreden, dass das Geld nicht dafür vorhanden sei, ein Existenzrecht zu ermöglichen. Die Menschen werden für dumm verkauft.

Über die Autorin

Diana Aman (Jahrgang 1978) ist seit 9 Jahren aktiv im Vorstand der Bürgerinitiative bedingungsloses Grundeinkommen e. V. Berlin [22], die sich sowohl für die Wiedereinsetzung der Grundrechte und ein bedingungsloses Grundeinkommen als auch für die Abschaffung der Sanktionen innerhalb des Sozialsystems einsetzt. Nach ihrem Magisterstudium der Fächer Philosophie, Soziologie und Psychologie und einer Weiterbildung zur Moderatorin und Trainerin ist sie seit mehreren Jahren freiberuflich und künstlerisch tätig. Seit drei Jahren promoviert sie zudem zum Thema Arbeitsethos und einem neuen Arbeitsbegriff an der Universität Hildesheim.

Anmerkungen:

[1] <https://neue-debatte.com/>

[2] <https://neue-debatte.com/2018/04/02/hartz-iv-moderne-sklaverei/>

[3] Die Redewendung wurde ab 1997 häufiger gebraucht als zu seinen Hochzeiten um 1940; siehe Google Ngram Viewer https://books.google.com/ngrams/graph?content=%22in+Arbeit%22&year_start=1800&year_end=2000&corpus=20&smoothing=3&share=&direct_url=t1%3B%2C%22%20in%20Arbeit%20%22%3B%2Cc0 [abgerufen: 28.04.2018]

[4] Hubertus Heil (SPD) bei Anne Will (08.04.2018): "Hartz IV - reformieren oder abschaffen"

[5] Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft: <https://www.iwd.de/artikel/milliarden-stunden-unbezahlte-arbeit-316520> [abgerufen: 28.04.2018]

[6] Frank Steffel (CDU) bei Anne Will: Immer mehr Hartz IV Sanktionen, 28.11.2012: <https://www.youtube.com/watch?v=UXmRkCYpTZs> [abgerufen: 28.04.2018]

[7] Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) bei RBB Inforadio: <http://mediathek.rbb-online.de/radio/Das-Forum/Happy-und-frei-oder-faul-und-tr%C3%A4ge-Pro-/Inforadio/Audio?bcastId=32100888&documentId=51221536> [abgerufen: 28.04.2018]

[8] Stephan Stracke (CDU) Bundestagsdebatte 19.04.18 zum Antrag der Linken: <https://www.youtube.com/watch?v=pTPqwdN9ZcQ> [abgerufen: 28.04.2018]

[9] Hubertus Heil (SPD) bei Anne Will (08.04.2018): "Hartz IV - reformieren oder abschaffen"

[10] Koalitionsvertrag, 14.02.2018, Kapitel V:

<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/koalitionsvertrag-inhaltsverzeichnis.html>
[abgerufen: 28.04.2018]

[11] Rainer Hank bei Anne Will (08.04.2018): "Hartz IV - reformieren oder abschaffen" [abgerufen: 28.04.2018]

[12] Inge Hannemann bei Anne Will (08.04.2018): "Hartz IV - reformieren oder abschaffen" und <https://www.die-linke.de/themen/arbeit/tatsaechliche-arbeitslosigkeit/2018/>
[abgerufen: 28.04.2018]

[13] Siehe zum Beispiel <https://www.zeit.de/2018/15/solidarisches-grundeinkommen-alternative-hartz-iv-michael-mueller>
[abgerufen: 28.04.2018]

[14] Siehe: https://assets03.nrwspd.net/docs/doc_31281_20101028123145.pdf
[abgerufen: 28.04.2018]

[15] Koalitionsvertrag, 14.02.2018, Kapitel V: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/koalitionsvertrag-inhaltsverzeichnis.html>
[abgerufen: 28.04.2018]

[16] Menschen bei Maischberger (04.12.2012): "Wer arbeitet ist der Dumme" auf <https://www.youtube.com/watch?v=V4GDbGc9r-g>
[abgerufen: 28.04.2018]

[17] Katja Gentinetta in "Was fehlt, wenn alles da ist?" (Orell Füssli Verlag) <https://www.ofv.ch/sachbuch/detail/was-fehlt-wenn-alles-da-ist/101500/>
[abgerufen: 28.04.2018]

[18] Stephan Stracke (CDU): Bundestagsdebatte vom 19.04.18 zum

Antrag der Linken: <https://www.youtube.com/watch?v=pTPqwdN9ZcQ>
[abgerufen: 28.04.2018]

[19] Grundgesetz: <https://www.bundestag.de/grundgesetz>
[abgerufen: 28.04.2018]

[20] Krebs, Angelika: Arbeit und Liebe - Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit (Suhrkamp), Frankfurt am Main 2002, S. 18.

[21] Negt, Oskar: Arbeit und menschliche Würde (Steidl Verlag), Göttingen 2001, S. 15-18.

[22] <http://www.buergerinitiative-grundeinkommen.de/>

Der Artikel "Lieber Gott, mach mich fromm, dass ich schnell in Arbeit

komm!" wurde erstveröffentlicht im Meinungsmagazin Neue Debatte: <https://neue-debatte.com/2018/04/28/lieber-gott-mach-mich-fromm-dass-ich-schnell-in-arbeit-komm/>

Der Schattenblick dankt der Redaktion der Neuen Debatte für die Nachdruckgenehmigung.

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Johanna Heuveling
E-Mail:
johanna.heuveling@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pmbbsp759.html>

UMWELT / INTERNATIONALES / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Korruption und Straflosigkeit sorgen für schmutzigen Bergbau

(Mexiko-Stadt, 5. Mai 2018, *desinformémonos*) - Die Verschmutzung der Luft, des Wassers und des Bodens durch den Bergbau ist in Mexiko wesentlich höher als in den USA oder in Kanada, erklärte María Colín von Greenpeace Mexiko bei der Präsentation des Berichts "Ausstoß und Übertragung von Umweltgiften in Nordamerika" [1]. Grund dafür sei ein Klima der "Korruption und Straflosigkeit", in dem die Bergbauunternehmen agieren. Dieses Klima der Straflosigkeit "ist auch ein Ergeb-

nis der Kontrolle, welche die großen Bergbauunternehmen auf die Regierung ausüben". Die von den Bergwerken ausgestoßenen Umweltgifte seien nicht nur ein Verstoß gegen die Grundrechte, sondern führten auch zu "irreparablen Schäden an der Gesundheit, den Ökosystemen und der Nahrungsmittelproduktion", so Colín weiter.

Im Bericht heißt es weiter, dass die Bergbauindustrie in Mexiko weniger Verpflichtungen gegen-



über dem Umweltschutz habe als die USA und Kanada. Dies habe "gravierende" Auswirkungen, vor allem gegenüber ländlichen Gemeinden und der indigenen Bevölkerung. "Die giftigen Substanzen, die für den Abbau von Mineralien nötig sind und die während des Abbaus entstehen, haben bereits mehrfach zu schweren ökologischen Schäden geführt".

Umweltgesetze werden "nicht befolgt"

Anti-Bergbau-Organisationen wie das Netzwerk der durch den Bergbau Betroffenen Rema (Red de Afectados por la Minería) betonten, dass die Umweltgesetzgebung in Mexiko das Papier nicht wert sei, auf dem sie steht, da sie "nicht befolgt werden". Auch gebe es kein System der Wiedergutmachung von Umweltschäden.

Gerade die Bergwerke von kanadischen Bergbau-Konsortien würden immer wieder straflos davon kommen, so die Organisation Rema, aber auch mexikanische Konsortien wie Grupo México.

Betroffene Gemeinden haben immer wieder die Folgen der bereits in Betrieb befindlichen Bergbauprojekte beklagt: Landenteignungen und Zerstörung natürlicher Ressourcen, aber auch eine langfristige Verschmutzung der Gewässer, des Bodens und der Luft, was sich negativ auf die Gesundheit und Wirtschaftskraft der Bewohner*innen auswirke.

Anmerkung:

[1] <http://www.cec.org/islandora/es/item/11781-taking-stock-15>

Foto: Desinformémonos

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/korruption-und-straftlosigkeit-sorgen-fuerschmutzigen-bergbau/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uilt0178.html>

KINDERBLICK / NATURKUNDE / PFLANZEN

Seegras - auch gefährdet ...

(SB) 7. Mai 2018 - Die enorm wichtige Rolle, die die Regenwälder und überhaupt alle Wälder auf der Erde spielen, wenn es um den Erhalt des Weltklimas geht, ist wohl den meisten schon bekannt. Ebenso wichtig ist es, sie zu erhalten und zu schützen. Doch es gibt noch andere Pflanzen, die weit weniger im Blickfeld der Öffentlichkeit stehen, die aber auf eine noch weitaus effektivere Art und Weise zum Ausgleich des Klimas beitragen.

Seegraswiesen - einfach nur Wiesen unter Wasser?

Seegras dürfte nicht vielen bekannt sein, oder vielleicht nur in Form von abgerissenen, welken Grasbüscheln am Ferienstrand. Doch die lebendigen Unterwasserpflanzen wachsen in Küstennähe in den flacheren Gewässern, die noch gut vom Sonnenlicht durchflutet werden, auf großen, grünen Seegraswiesen. Diese Grünflächen haben viel gemeinsam mit den Wiesen an Land. Statt Insekten und Schmetterlingen huschen kleine Fische dort umher und nicht der Wind, sondern die Wellen lassen das Seegras hin und her wogen. Zwischen den Halmen wuseln keine Ameisen, sondern kleine Krebse. Aber es gibt noch mehr Gemeinsamkeiten mit den Landpflanzen. Das Seegras ist auf das Sonnenlicht angewiesen, denn diese unter Wasser wachsenden Pflanzen betreiben ebenfalls Photosynthese. Doch dazu später mehr, denn

das ist ein wesentlicher Grund, der dieses Gras zu einem so hervorragenden Klimaretter werden lässt, was einer genaueren Erläuterung bedarf.

Zunächst zur Pflanze selbst: bei dem Seegras handelt es sich um die einzige Unterwasserpflanze, die Samen entwickelt. Ihre Wurzeln halten sie im Meeresboden



*Eine einzelne Seegraspflanze
Foto: 2006 by Kristian Peters --
Fabelfroh 09:28, 16 September
2006 (UTC) [CC-BY-SA-3.0
(<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>)],
from Wikimedia Commons*

fest. Wie ihre Artgenossen an Land müssen auch sie bestäubt werden, wobei die Meeresströmung die Aufgabe als Bestäuber übernimmt, und sie bilden Blüten und Früchte aus. Aufgrund einer beeindruckenden Anpassungslei-

stung ist es dieser Pflanze, die sich vor weit mehr als 10 Millionen Jahren aus den an Land wachsenden Blütenpflanzen entwickelt hat, gelungen, im Meer zu leben und mit dem salzigen Wasser zurechtzukommen. Sie wächst in beinahe allen Küstenregionen, dient vielen Meeresbewohnern als Nahrung, als Versteck oder als Laichplatz. Außerdem können Seegraswiesen Schadstoffe und Verunreinigungen aus dem Wasser filtern. Und - wie wir noch sehen werden - Seegras entzieht der Luft gewaltige Mengen an Kohlendioxid, also jenem Gas, das zur Erderwärmung beiträgt, und speichert es. Man findet diese Unterwasser-Wiesen beispielsweise an den Mittelmeerküsten, vor den Balearen-Inseln, den Küsten des Indischen Ozeans, vor Westafrika, im Golf von Mexiko, aber auch in den Küstengebieten der Ostsee oder im Wattenmeer der Nordsee. Würde es sich um intakte und gesunde Seegraswiesen handeln, wäre das ein Gewinn im Kampf gegen den Klimawandel. Doch leider gehen die Seegras-Bestände auf der ganzen Welt bedenklich schnell zurück. Es gibt Berechnungen, die voraussagen, dass zum Beispiel bis zum Jahr 2060 im Mittelmeerraum kein Seegras mehr zu finden sein wird, was zur Folge hätte, dass das Mittelmeer zu einem trüben, schmutzigen Gewässer verkommt.

Seegraswiesen - weltweit verkleinern sich ihre Flächen

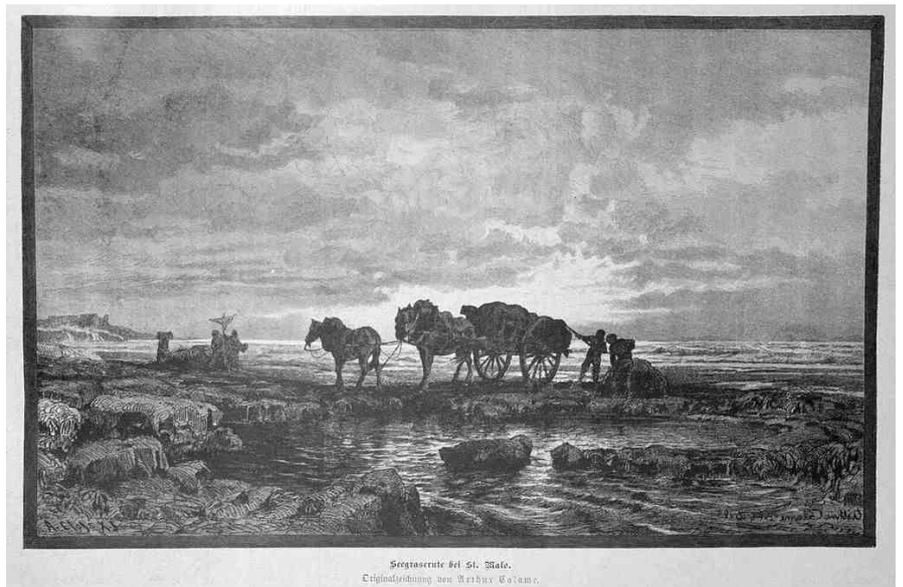
Für das Verschwinden der Seegraswiesen gibt es verschiedene Gründe: durch Baumaßnahmen in Küstennähe oder durch den Deichbau und die Landgewinnung werden diese Lebensräume



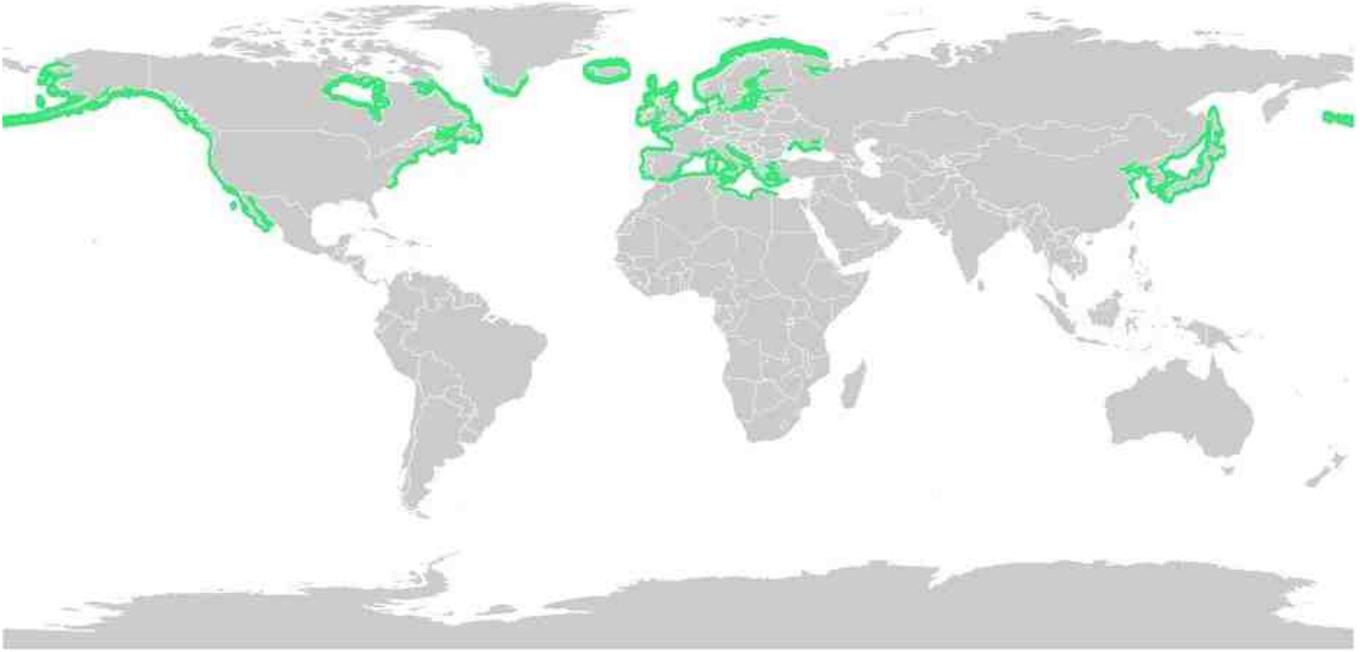
Mehrere Seegrasbüschel
Foto: 2007, by Colin.faulkingham at English Wikipedia (Create by Colin Faulkingham in Summer 2007.) [Public domain], via Wikimedia Commons

vernichtet. Hinzu kommt noch, dass das Seegras eine sehr empfindliche Pflanze ist, die auf Unstimmigkeiten im Wasser reagiert, zum Beispiel auf eine zu große Menge an Nährstoffen wie

Stickstoff und Phosphor. Die stammen aus der Landwirtschaft, wo sie als Dünger eingesetzt und deren Rückstände dann über die Flüsse ins Meer gespült werden. Aber auch andere Stoffe, die aus Klär- oder Industrieanlagen abgeleitet werden, führen zu einem erhöhten Wachstum von einzelligen Algen, dem sogenannten Phytoplankton. Verbreiten sich diese Algen zu sehr, färbt sich das Wasser grün, verdunkelt es und ver-



Seegras-Ernte aus dem Jahr 1888
Foto: by Various (Scan from the original work) [Public domain], via Wikimedia Commons



Grün gekennzeichnet sind auf der Weltkarte die Küstenregionen, in denen noch Seegrasswiesen vorhanden sind
Foto: 2010, by IUCN Red List of Threatened Species, species assessors and the authors of the spatial data. [CC BY-SA 3.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0>)] [CC BY-SA 3.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0>)], via Wikimedia Commons

ringert damit die Sonneneinstrahlung. Das empfindliche Seegrass reagiert bereits auf diesen Lichtmangel, was sich auf sein Wachstum auswirkt. Ein ganz anderes Problem taucht in den Regionen auf, in denen das Seegrass geerntet wird, um als Stoff zur Herstellung von Möbeln, Körben, Stoffen oder Dämmmaterial genutzt zu werden. Seegrass ist sehr haltbar, schwer brennbar und es schimmelt nicht. Das sind natürlich gute Eigenschaften, um als Werkstoff zu dienen.

Auch durch den Einsatz von Schleppnetzen in der Fischerei werden gewaltige Löcher in die Seegrasswiesen gerissen, die oft über Jahre und viele Jahrzehnte kahl bleiben. Schiffe, die ihre Anker dort werfen, zerstören die Pflanzen, aber auch der Müll, der im Meer entsorgt wird, trägt zur Vernichtung dieser Unterwasserpflanze bei. Von ganz anderer

Seite lauern auch noch Gefahren. Bis in die 1930er Jahre wuchs im Wattenmeer in etwas tieferen Regionen das Große Seegrass, das bis zu einem Meter hoch wurde. Im genannten Jahr allerdings wurde es durch eine eingeschleppte Pilzinfektion vernichtet. Heute leiden diese Pflanzen auch unter der langsam mehr und mehr steigenden Wassertemperatur, verursacht durch die Erderwärmung. Sie vertragen kein warmes Wasser und verkümmern. Wir sehen, Seegrass ist eine sehr stark gefährdete Pflanzenart.

Das Wiederanpflanzen von Seegrasswiesen erweist sich als schwierig

Es ist leicht, sich vorzustellen, dass die Seegrasswiesen schneller verschwinden, als dass sie nachwachsen können. Besonders bei dem im Mittelmeer vorkommen-

den Seegrass (*Posidonia oceanica*) handelt es sich um die Art, die am langsamsten nachwächst. Zudem ist der Boden vielerorts auch schon so beschädigt, dass dort überhaupt kein Seegrass mehr Wurzeln schlagen kann. Oft schlägt der Versuch der sogenannten Wiederaufforstung fehl, so dass die Erfolgsquote leider bei nur 30% liegt. Aber weltweit bemühen sich Wissenschaftler weiterhin Seegrasswiesen wieder anzupflanzen und in einigen Regionen zeigen sich auch erste Erfolge. Durch eine Verbesserung der Leistung von Klärwerken konnte regional die Wasserqualität erhöht werden, was sich auch auf das Wachstum von Seegrass auswirkte. Im nördlichen Wattenmeer haben sich die Bestände erholt, weil das Problem der erhöhten Menge an Nährstoffen im Meer erkannt und eingedämmt wurde. Mit einer zeitlichen Verzögerung von ca. 10 Jahren zeigt

te sich ein stetiger Anstieg des Wachstums von Seegras.

Das Seegras als Klimaretter!

Jetzt werfen wir noch einmal einen Blick auf das Seegras als Klimaretter. Es wird behauptet, dass ein Hektar (100 Quadratmeter) Seegraswiese deutlich größere Mengen an Kohlendioxid bindet als ein Hektar amazonischer Regenwald. Was geschieht hier? Die Seegraspflanze nimmt das Kohlendioxid aus dem Wasser auf, um Photosynthese zu betreiben und daraus Nährstoffe für ihr Wachstum zu bilden und Sauerstoff abzugeben. Das hat den Effekt, dass der Kohlendioxid-Gehalt im Meerwasser sinkt und in der Folge dann wieder das Kohlendioxid aus der Luft aufnehmen kann. Darum heißt es auch, dass die Ozeane zu den Kohlendioxid-Senken zählen. Aber ohne diese Grünpflanzen im Wasser wäre das nicht möglich. Und diese

Pflanzen sollten gesund sein, denn nur intakte Seegraswiesen sind in der Lage, die Kohlenstoffverbindungen dauerhaft in sich und im Boden zu binden. Wenn eine Pflanze stirbt, sinkt sie auf den Meeresboden und wird nach und nach mit Sand und anderen abgestorbenen Pflanzenteilen bedeckt und so verbleiben die Kohlenstoffverbindungen im Boden gespeichert. Werden die Seegraswiesen beschädigt und herausgerissen, lockert sich der Boden, wird aufgewühlt, dann kann das Kohlendioxid wieder entweichen. Das ist so ähnlich wie beim Abholzen der Regenwälder, wo das in den Bäumen und im Boden gespeicherte CO₂ auch wieder an die Atmosphäre abgegeben wird. Mit der Vernichtung der Seegraswiesen gehen nicht nur Lebensräume und Nahrungsquellen für viele Tiere verloren, sondern auch eine Pflanze, die sehr effektiv gegen die Erderwärmung wirkt. Es bleibt das Problem, dass der weltweite durch den Menschen verur-

sachte Kohlendioxid-Ausstoß so hoch ist, dass man schon reichlich mehr Seegraswiesen bräuchte, um einen messbaren Einfluss auf den Klimawandel zu nehmen.

Diesem Artikel liegen folgende Quellen zugrunde:

<https://www.schutzstation-wattenmeer.de/wissen/pflanzen/pflanzen-im-meer/seegras/>

<https://www.tagesspiegel.de/wissen/seegras-schuetzt-das-klima-das-zehn-milliarden-gras/10164984.html>

<https://www.swr.de/swr2/wissen/-seegras-ist-bedroht/-/id=661224/did=18405986/nid=661224/1afvu98/-index.html>

<http://www.scinexx.de/wissen-aktuell-7472-2007-11-30.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/kind/natur/knpf0039.html>

SPORT / BOXEN / MELDUNG

Leichtgewicht - Zuflucht unter neuem Dach ...

Mikey Garcia will offenbar bei Dana White anheuern

(SB) 7. Mai 2018 - Mikey Garcia trägt sich aktuellen Medienberichten zufolge offenbar mit dem Gedanken, bei Dana White und dessen neugegründetem Unternehmen Zuffa Boxing zu unterschreiben. White ist bekanntlich der Präsident der Ultimate Fighting Championship (UFC) und will neben seiner Präsenz bei den Mixed Martial Arts künftig auch

als Promoter im professionellen Boxsport Fuß fassen. Der 30 Jahre alte Garcia aus Riverside in Kalifornien ist in 38 Kämpfen ungeschlagen und WBC-Weltmeister im Leichtgewicht. Er mußte in der Vergangenheit aufgrund eines Rechtsstreits mit seinem damaligen Promoter Bob Arum eine lange Zwangspause von zweieinhalb Jahren einlegen, so saß

ihm eine ungetrübte Zusammenarbeit mit Zuffa Boxing nur zu wünschen ist, sollte es denn zum Vertragsschluß kommen.

Der Champion ginge mit diesem Schritt allerdings ein beträchtliches Risiko ein, da sich erst noch erweisen muß, wie Dana White mit den alteingesessenen Platzhirschen der Branche wie Bob

Arum (Top Rank) oder Oscar de la Hoya (Golden Boy Promotions) zurechtkommt. Sollte dieses Vorhaben mißlingen oder lange Zeit unrunder laufen, hätte das zweifellos negative Auswirkungen auf Garcias weitere Karriere. Dessen aktuelle Pläne sehen vor, sich zunächst im Sommer mit dem IBF-Champion Robert Easter jun. in der Absicht zu messen, die beiden Titel zusammenzuführen. Dann soll der Sieger des Kampfs zwischen dem amtierenden WBA-Weltmeister Jorge Linares und Wassyl Lomatschenko an die Reihe kommen, wofür White als sein Promoter entweder mit Golden Boy oder mit Top Rank handelseinig werden mußte. [1]

Nachdem sich Mikey Garcia seinerzeit von Bob Arum getrennt hatte, hätte er bei den Golden Boy Promotions anheuern können. Er entschloß sich jedoch, seiner Wege zu gehen und sich fortan eigenständig zu vermarkten. Nachdem er in den letzten fünf Jahren in New York, Las Vegas und Texas gekämpft hat, wäre er möglicherweise gut beraten, künftig vor allem in Südkalifornien aufzutreten, wie dies Gennadi Golowkin, der führende Akteur im Mittelgewicht, bevorzugt, und sich dort eine treue Fangemeinde aufzubauen. Garcia hätte im Frühjahr die Möglichkeit gehabt, gegen Jorge Linares anzutreten, doch zog er es vor, ins Halbweltergewicht aufzusteigen, um dort IBF-Weltmeister Sergej Lipinets den Gürtel abzunehmen. Das Vorhaben, Champion in der vierten Gewichtsklasse zu werden, gelang, doch kostete es Garcia beträchtliche Mühe. Beim einstimmigen Punktsieg gegen den zwei Jahre jüngeren Russen im te-

xanischen San Antonio war er zwar technisch versierter und schneller als der Titelverteidiger, der jedoch ständig Druck machte und härter schlug.

Dabei traten zwei nicht von der Hand zu weisende Warnhinweise zutage. Zum einen galt Lipinets als schwächster Champion im Halbweltergewicht. Zum anderen zeichnete sich ab, daß ein weiterer Aufstieg ins lukrative Weltergewicht keine Option sein kann, da es Garcia dort erst recht an Schlagwirkung mangeln würde. Er hatte bereits im Halbweltergewicht einem druckvoll angreifenden Gegner wie Lipinets nichts entgegenzusetzen, was diesen gebremst hätte. Wenngleich er ihn ausmanövrieren konnte, mußte er dabei viele Treffer einstecken. Bekäme er es in dieser Gewichtsklasse mit stärkeren Kontrahenten wie Jose Ramirez oder Regis Prograis zu tun, müßte er vermutlich die Segel streichen. Die Entscheidung, vorerst IBF-Weltmeister im Halbweltergewicht zu bleiben oder ins Leichtgewicht zurückzukehren, wo Garcia nach wie vor WBC-Champion war, nahm ihm letztlich der Verband ab. Das WBC bestand darauf, daß er nicht beide Gürtel gleichzeitig behalten könne, zumal er den Titel im Leichtgewicht fast eineinhalb Jahre nicht mehr verteidigt hatte.

Als Mikey Garcia den Absteiger in die höhere Gewichtsklasse machte, traten sofort Wassyl Lomatschenko und sein Promoter Top Rank auf den Plan, um einen Kampf gegen Jorge Linares zu vereinbaren. Darüber beklagte sich Garcia, der wohl erwartet hatte, daß der WBA-Weltmeister auf seine Rückkehr ins Leichtgewicht

warten würde, obgleich diese keineswegs feststand. Noch ist insofern nichts verloren, als ihm der Sieger dieses Kampfs nicht zwangsläufig wegläuft. Sollte sich Lomatschenko am 12. Mai durchsetzen, wäre Garcia womöglich sogar damit gedient, wenn es so schnell nicht dazu kommen würde, sich mit dem Ukrainer zu messen. Dieser war der erfolgreichste Amateurboxer aller Zeiten und wäre im Profilager mit einer Bilanz von elf Siegen und einer umstrittenen Niederlage bereits Weltmeister in der dritten Gewichtsklasse.

Diese Überlegungen stehen wiederum unter dem Vorbehalt, daß es zum Vertrag mit Dana White kommt und sich diese Zusammenarbeit mit Garcia fruchtbar gestaltet. Ob Bob Arum ihm jemals einen Kampf gegen Wassyl Lomatschenko gestatten würde, ist nicht nur aufgrund ihrer alten Feindschaft ungewiß. Der 85jährige Promoter dürfte wenig geneigt sein, den Ukrainer dem riskanten Unterfangen auszusetzen, es mit dem körperlich überlegenen Kontrahenten aufzunehmen. Während Lomatschenko nämlich für den bevorstehenden Kampf gegen Jorge Linares erstmals ins Leichtgewicht aufsteigt, gehört Garcia dort zu den größten und schwersten Akteuren.

Als ehemaliger Weltmeister im Federgewicht (WBO), Superfedergewicht (WBO) und Halbweltergewicht (IBF) sowie aktueller Champion im Leichtgewicht (WBC) gehört der ungeschlagene Mikey Garcia zu den herausragenden Akteuren des Boxgeschäfts. Obgleich er zwi-

schen dem 25. Januar 2014 und dem 30. Juli 2016 keinen Kampf bestritten hatte, gab er bei seiner Rückkehr ein glänzendes Comeback. In einem Kampf des Halbweltergewichts setzte er sich im Barclays Center in Brooklyn in der fünften Runde gegen Elio Rojas durch. Am 28. Januar 2017 sicherte er sich dann in Las Vegas durch einen Sieg in der dritten Runde über Dejan Zlaticanin den WBC-Titel im Leichtgewicht. Dann kam es am 29. Juli zu einem vielbeachteten Prestigekampf gegen Adrien Broner im Halbweltergewicht, bei dem Garcia einstimmig nach Punkten die Oberhand behielt. Zuletzt setzte er sich am 10. Februar im Alamodome in San Antonio gegen Sergej Lipinets durch.

Nun könnte man allerdings einwenden, daß Garcia in den letzten fünf Jahren bei der Wahl seiner Gegner sorgsam darauf bedacht war, den gefährlichsten Kontrahenten aus dem Weg zu gehen, solange sie auf dem Höhepunkt ihres Könnens boxten. Sein härtester Kampf war der gegen Orlando Salido, in dem er aufgrund einer Verletzung an der Nase nicht weiterboxen konnte, aber aufgrund des Punktestands dennoch gewann. Damals machten Mutmaßungen die Runde, er habe auf Abbruch gedrängt, weil Salido zunehmend die Oberhand gewann. Juan Manuel Lopez, Elio Rojas, Dejan Zlaticanin und Adrien Broner hatten den Zenit ihres Könnens überschritten, als er gegen sie

antrat, und Sergej Lipinets galt als schwächster Weltmeister im Halbweltergewicht. Dasselbe könnte man freilich auch von Floyd Mayweather, ja den allermeisten über Jahre erfolgreichen Akteuren sagen: Ohne eine geschickte Auswahl passender Gegner sind in den seltensten Fällen legendäre Karrieren gewachsen.

Anmerkung:

[1] www.boxingnews24.com/2018/05/mikey-garcia-close-to-signing-with-dana-white/#more-262262

<http://www.schattenblick.de/infopool/sport/boxen/sbxm2260.html>

DIE BRILLE / VERANSTALTUNGEN / LESUNG

Kulturcafé Komm du - Juni 2018

Ute Olk: "Lyrik zum Anfassen"

Neue und beliebte Gedichte mit Gitarrenklängen von Hajo Troch

Dichterlesung mit Musik am Donnerstag, den 14. Juni 2018, 20.00 bis 22.00 Uhr

Platzreservierungen per Telefon: 040 / 57 22 89 52 oder E-Mail: kommdu@gmx.de

Eintritt frei / Hutspende

Das Komm du lädt ein zu einer Dichterlesung mit Musik am Donnerstag, den 14.06.2018, 20.00 bis 22.00 Uhr:

**"Lyrik zum Anfassen" -
Neue und beliebte Gedichte
von Ute Olk
mit Gitarrenklängen
von Hajo Troch**

"Die Inspiration lauert überall", ist Ute Olks Motto. So kann ein morgendliches Staubkörnchen sie bereits in lyrische Hochstimmung versetzen. Stets sind ihre Texte voller Poesie, oftmals mit überraschender Pointe. Ute Olk begeisterte schon als Kind Familie und Freunde mit Auführungen selbstgeschriebener Theaterstücke. Diese Leidenschaft zog sich durch Schulzeit und Studium, wo sie in den unterschiedlichsten

Rollen auf der Bühne stand. Mit ebensolcher Leidenschaft trägt sie heute eigene Gedichte vor und nimmt ihre stetig wachsende Fangemeinde mit auf eine lyrische Abenteuerreise. Ute Olk lebt und arbeitet in Hamburgs Süden, wo sie Jugendlichen u.a. mit Theaterpädagogik und Theatertherapie bei der Berufsfindung hilft. Die Lesung wird musikalisch untermalt von dem Gitarristen Hajo Troch.



Das **Komm du** lädt ein zu einer Dichterlesung mit Musik am Donnerstag, den 14.06.2018, 20.00 bis 22.00 Uhr:

„Lyrik zum Anfassen“ – Beliebte und neue Gedichte von Ute Olk mit Gitarrenklängen von Hajo Troch

„Die Inspiration lauert überall“, ist Ute Olks Motto. So kann ein morgendliches Staubkörnchen sie bereits in lyrische Hochstimmung versetzen. Stets sind ihre Texte voller Poesie, oftmals mit überraschender Pointe. Ute Olk begeisterte schon als Kind Familie und Freunde mit Aufführungen selbstgeschriebener Theaterstücke. Diese Leidenschaft zog sich durch Schulzeit und Studium, wo sie in den unterschiedlichsten Rollen auf der Bühne stand. Mit ebensolcher Leidenschaft trägt sie heute eigene Gedichte vor und nimmt ihre stetig wachsende Fangemeinde mit auf eine lyrische Abenteuerreise. Ute Olk lebt und arbeitet in Hamburgs Süden, wo sie Jugendlichen u.a. mit Theaterpädagogik und Theatertherapie bei der Berufsfindung hilft. Die Lesung wird musikalisch untermalt von dem Gitarristen Hajo Troch.

Eintritt frei / Hutspende

Das **Komm du** in Harburg: Buxtehuder Straße 13, 21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Tel.: 040 / 57 22 89 52
Internet: www.komm-du.de
www.facebook.de/KommDu

Begegnung und Diskussion, Livemusik, Kleinkunst- und Tanzperformances, Ausstellungen, Lesungen, Vorträge, Veranstaltungen für Kinder, Literatur- und Zeitungsangebot, kostenloses WLAN, Spiele, Kaffeespezialitäten, selbstgemachter Kuchen, täglich wechselnder Mittagstisch

V.i.S.d.P.: Britta Barthel, Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg

„Lyrik zum Anfassen“
Neue und beliebte Gedichte von Ute Olk mit Gitarrenklängen von Hajo Troch




Donnerstag, 14. Juni 2018, 20.00 Uhr
Kulturcafé Komm du
Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg-Harburg
www.komm-du.de
Eintritt frei / Hutspende

Das **Komm du** ist geöffnet von Montag bis Freitag 7:30 bis 17:00 Uhr, Samstag von 9:00 bis 17:00 Uhr und an Eventabenden open end.

Näheres unter:

<http://www.komm-du.de>
<http://www.facebook.com/KommDu>

Kontakt:

Kulturcafé Komm du
Buxtehuder Straße 13
21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Telefon: 040 / 57 22 89 52

Komm du-Eventmanagement:

Telefon: 04837/90 26 98
E-Mail: redaktion@schattenblick.de

Das Kulturcafé Komm du in Hamburg-Harburg: Kunst trifft Genuss

Hier vereinen sich die Frische der Küche mit dem Feuer der Künstler und einem Hauch von Nostalgie

Das **Komm du** in Harburg ist vor allem eines: Ein Ort für Kunst und Künstler. Ob Live Musik, Literatur, Theater oder Tanz, aber auch Pantomime oder Puppentheater - hier haben sie ihren Platz. Nicht zu vergessen die Maler, Fotografen und Objektkünstler - ihnen gehören die Wände des Cafés für regelmäßige wechselnde Ausstellungen.

Britta Barthel gibt mit ihrem Kulturcafé der Kunst eine Bühne und Raum. Mit der eigenen Erfahrung als Künstler und Eindrücken aus einigen Jahren Leben in der Kulturmetropole London im Gepäck, hat sie sich bewusst für den rauen und ungemein liebenswerten Stadtteil Harburg entschieden. Für Künstler und Kulturfreunde, für hungrige und durstige Gäste gibt es im **Komm du** exzellente Kaffeespezialitäten, täglich wechselnden frischen Mittagstisch, hausgemachten Kuchen, warme Speisen, Salate und viele Leckereien während der Veranstaltungen und vor allem jede Menge Raum und Zeit ...

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 8. Mai 2018

+++ Vorhersage für den 08.05.2018 bis zum 09.05.2018 +++



© 2018 by Schattenblick

Blauer Himmel, Sonnenschein wird ein Naserümpfen kosten, lädt 's Jean-Luc doch dazu ein, Wind zu greifen aus Südosten.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.